

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

50. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 6 · 16. Juli 2019

Plenum

Die Abgeordneten debattierten im Juni und Juli u. a. über Klimaschutz, Rechtsextremismus sowie über Initiativen der Landesregierung gegen Wohnungslosigkeit und zur Energieversorgung. S. 3-10

Parlamentsnacht

Nach der erfolgreichen Premiere 2018 lädt der Präsident des Landtags, André Kuper, die Bürgerinnen und Bürger für den 27. September 2019 wieder zur „Parlamentsnacht“ ein. S. 14-15

70 Jahre Grundgesetz

Um 70 Jahre Grundgesetz und die Verfassung der Demokratie ging es in einem Parlamentsgespräch. Der frühere Bundespräsident Christian Wulff warb dafür, mutig Zukunftsprojekte umzusetzen. S. 21

Jugend-Landtag

Im Juli fand zum 10. Mal der Jugend-Landtag statt. 199 Jugendliche nahmen die Plätze der Abgeordneten ein und lernten in einem Planspiel die Regeln der parlamentarischen Demokratie kennen. S. 22

Baustelle vor der Tür

Wer zahlt für kaputte Straßen?



Foto: Schälte

INHALT



Straßenausbaubeiträge

<u>Wenn die Straße erneuert wird</u>	S. 11
<u>Standpunkte der Fraktionen</u>	S. 12

Aus dem Plenum

<u>Mehr Strom aus Sonne,</u>	
<u>Wind und Gas</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Demo sorgt für Diskussionen</u> ...	S. 7
<u>Debatte um Klimaschutz-</u>	
<u>Steuer</u>	S. 8
<u>Problem Wohnungslosigkeit</u> ...	S. 9
<u>Kampf gegen</u>	
<u>Rechtsextremismus</u>	S. 10
Forum	
<u>Parlamentsnacht 2019</u>	S. 14

Aus den Fraktionen

Aus den Ausschüssen	
<u>Meldungen</u>	S. 18
<u>Anhörung zu Kindesmissbrauch</u>	S. 19
<u>Gesetzgebung</u>	S. 20
Forum	
<u>Parlamentsgespräch:</u>	
<u>70 Jahre Grundgesetz</u>	S. 21
<u>Jugend-Landtag</u>	S. 22
Im Porträt	
<u>Dr. Martin Vincentz (AfD)</u>	S. 23
<u>Kurz notiert</u>	S. 24

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jennifer Hüttenhölcher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 12. Juli 2019, 12 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Mehr Strom aus Sonne, Wind und Gas

Landtag debattiert über Energiewende in Nordrhein-Westfalen

10. Juli 2019 – Die Landesregierung hat dem Landtag ihre Strategie für die künftige Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Hintergrund der Unterrichtung durch Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) war der beschlossene Ausstieg aus der Kohleverstromung. Der Unterrichtung schloss sich eine kontroverse Debatte an.

Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) sagte, die vorgestellte Strategie (17/2282) stelle die Weichen „für eine gleichermaßen klimaverträgliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung“. Ziel sei, vom Jahr 2035 an, spätestens aber ab 2038 ganz auf die Kohleverstromung in NRW zu verzichten. Angestrebt werde u. a. ein „starkes Wachstum“ bei Windkraft- und Photovoltaikanlagen, deren Stromerzeugung bis 2030 verdoppelt werden solle. Auch Gaskraftwerke sollen einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Dennoch werde sich Nordrhein-Westfalen langfristig von einem Stromexport- zu einem Stromimportland entwickeln.

„Extrem schwammig“

Frank Sundermann (SPD) kritisierte, die Landesregierung formuliere viele Ziele, aber zu wenige Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Beim nötigen Ausbau von Windkraftanlagen hemme sie die Entwicklung sogar durch die umstrittene Regelung, nach der Anlagen mindestens 1.500 Meter Abstand zu Wohngebieten haben müssen. Der Ausbau der Solarenergie werde im Koalitionsvertrag zudem nicht einmal erwähnt. Und zur CO₂-Bepreisung äußere sich Pinkwart „extrem schwammig“. Insgesamt lasse die Landesregierung eigene Akzente

vermissen. Die formulierten Maßnahmen seien ungeeignet, um deutsche und internationale Klimaziele zu erreichen.

„Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum innovativsten und klimafreundlichsten Wirtschaftsstandort der Welt machen“, formulierte **Dr. Christian Untrieser** (CDU) das Ziel eines „langen, schwierigen Weges“. Die vorgelegte Strategie der Landesregierung werde diesem Anspruch wie auch den Chancen und Herausforderungen gerecht. Als besonders wichtig hob der Abgeordnete u. a. den Stresstest für eine verlässliche Energieversorgung, den Investitionsrahmen für Ersatzkraftwerke, Speicher und Flexibilitätsoptionen wie auch die Bezahlbarkeit von Energie hervor. Hohe ungenutzte Potenziale sah er in der Geothermie und in der Photovoltaik.

Wibke Brems (Grüne) sagte, die Strategie der Landesregierung erinnere sie an ein Horoskop. Sie sei hinreichend unkonkret, sodass sich „jeder irgendwie darin wiederfinden könne“. Auch die Grünen unterstützten einige Aussagen. Jedoch erschöpften sich die genannten Maßnahmen in Beratungsangeboten, Entwicklungsprojekten, Beteiligungsformaten und Vorhaben der Öffentlichkeitsarbeit, kritisierte Brems. Offen blieben konkrete Fragen, etwa mit welchen Kraftwerken welche Versorgungslücken geschlossen werden sollten oder wie mit zwei

Dritteln weniger Fläche für Windräder die doppelte Windenergieleistung erzielt werden solle.

Dietmar Brockes (FDP) wies die Kritik der Fraktionen von SPD und Grünen zurück. Er sprach von „fantasieloser Oppositionsrhetorik“. Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft wollten wissen, woran sie seien. Die Landesregierung habe nun ein „klares Konzept“ vorgelegt. Die Energieversorgungsstrategie schaffe in Nordrhein-Westfalen „verlässliche Rahmenbedingungen“. Versorgungssicherheit, Klimafreundlichkeit und Bezahlbarkeit stünden dabei gleichrangig nebeneinander. Brockes sprach von einem „umfassenden Ansatz“, er enthalte „alles, was für ein Energiekonzept der Zukunft relevant ist“.

In der Strategie der Landesregierung sei „kein Drehbuch“ erkennbar, sagte **Christian Loose** (AfD). Es gebe „keinen konkreten Plan“. So werde zum Beispiel nicht gesagt, bis wann wo welche Stromnetze zu bauen seien, was sie kosteten und wer sie bezahlen werde. Dies gelte auch für neue Gaskraftwerke als Ersatz für Kohlekraftwerke. Loose kritisierte den Kohleausstieg als „Arbeitsplatzvernichtungspolitik“. Wind und Sonne brächten aufgrund ihrer Wetterabhängigkeit keine gesicherte Leistung. Bei der Energieversorgung werde die Abhängigkeit vom Ausland größer. Es gebe bereits jetzt eine „Versorgungskrise“.

tob, sow, zab

Fotos: Schälte

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)

Frank Sundermann (SPD/v.l.), Dr. Christian Untrieser (CDU), Wibke Brems (Grüne), Dietmar Brockes (FDP), Christian Loose (AfD)



Abschied

26.6.2019 – Die Abgeordneten des Landtags haben Abschied von ihrem Kollegen Holger Müller genommen. Der CDU-Abgeordnete aus Rösrath war am 9. Juni 2019 im Alter von 71 Jahren gestorben. Er hatte dem Landtag seit 2005 angehört. Vor Beginn der Plenarsitzung gedachten die Abgeordneten Müller mit einer Schweigeminute. Auf seinem Sitzplatz lag ein Blumenbouquet. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte Müller als „Kommunalpolitiker durch und durch“. Er sei „nah bei den Menschen“ gewesen, deren Sorgen und Nöte er gekannt habe. Die Arbeit im Landtag sei geprägt gewesen von „großem Engagement, politischem Gespür, aber auch der Fähigkeit zum Kompromiss“. Kuper betonte: „Der Landtag Nordrhein-Westfalen gedenkt Holger Müller mit Respekt und Dankbarkeit.“

Müller war in der laufenden Wahlperiode Vorsitzender des Sportausschusses, Mitglied im Ältestenrat, im Ausschuss für Europa und Internationales und in der Enquetekommission „Brexit“. Der Jurist war auch viele Jahre in der Kommunalpolitik aktiv, u. a. als langjähriges Mitglied des Rates und stellvertretender Bürgermeister der Stadt Rösrath sowie als Mitglied des Kreistags des Rheinisch-Bergischen-Kreises.

Untersuchungsausschuss

26.6.2019 – Der Landtag hat auf Antrag von Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Missbrauchsfällen von Lügde beschlossen. Laut Antrag ([17/6660](#)) soll der Ausschuss „mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und Fehlverhalten der Landesregierung, insbesondere der Staatskanzlei,

der Ministerien des Inneren und Justiz sowie des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und der ihrer Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht unterliegenden Behörden und der Behörden des Kreises Lippe hinsichtlich der sexuellen Übergriffe auf Kinder und Jugendliche auf einem Campingplatz in Lügde und ggf. an anderen Orten untersuchen und aufklären“. Ein Antrag der AfD-Abgeordneten ([17/6582](#)) zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde mit Mehrheit abgelehnt. Auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe) sollen über viele Jahre hinweg mehr als 40 Mädchen und Jungen schwer sexuell missbraucht und dabei teilweise gefilmt worden sein. Drei Männer sind vor dem Landgericht angeklagt.

Direkte Demokratie

26.6.2019 – Die AfD-Fraktion will Elemente der direkten Demokratie in NRW stärken. Sie brachte einen Gesetzentwurf in den Landtag ein ([17/6586](#)), der u. a. vorsieht, die Quoren für Volksinitiativen und Volksbegehren zu senken. Verfassungsänderungen sollen nach dem Willen der Fraktion künftig durch einen Volksentscheid bestätigt werden. Zudem soll die Möglichkeit eingeräumt werden, den Landtag per Volksentscheid „frühzeitig aufzulösen und so Neuwahlen zu erzwingen“. Die Fraktion betont, die direkte Demokratie spiele in NRW nicht die Rolle, „die ihr in der Theorie zukommt“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen.

Islam im Unterricht

26.6.2019 – Der Landtag hat das „Gesetz zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach“ ([17/5638](#)) in geänderter Fassung ([17/6606](#)) angenommen. Die Fraktionen von CDU und FDP hatten den Gesetzentwurf eingebracht. Für das Gesetz stimmten in zweiter

Lesung die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen. Die AfD-Fraktion war dagegen. Hintergrund: Der Landtag hatte Ende 2011 die Einführung des islamischen Religionsunterrichts befristet bis zum 31. Juli 2019 beschlossen. Auf Grundlage der Übergangsvorschrift sei im Schuljahr 2017/2018 an 234 Schulen in NRW islamischer Religionsunterricht erteilt worden, so die Fraktionen von CDU und FDP in ihrem Gesetzentwurf. 214 Lehrkräfte hätten die staatliche Unterrichtserlaubnis und die religiöse Bevollmächtigung zur Erteilung des Unterrichts erhalten. Es werde nun „eine neue gesetzliche Grundlage für den islamischen Religionsunterricht geschaffen, die dem Ministerium für Schule und Bildung erlaube, weiterhin einen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften allgemein einzuführen“. Angesichts von 1,5 Millionen Menschen muslimischen Glaubens und rund 415.000 Schülerinnen und Schülern dieses Bekenntnisses bestehe der „Bedarf, den islamischen Religionsunterricht an den Schulen weiter auszubauen“.

Kosten von G9

26.6.2019 – Der Landtag hat ein Gesetz beschlossen, um den kommunalen Schulträgern die Kosten zu erstatten, die durch die beschlossene Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang an Gymnasien (G9) entstehen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung („Belastungsausgleichsgesetz G9“, [17/4832](#)) wurde mit den Stimmen von CDU und FDP angenommen. SPD, Grüne und AfD enthielten sich. Es geht dabei sowohl um Investitionskosten beispielsweise für weitere Räume als auch um wiederkehrende Sachkosten wie Schülerfahrtskosten. Laut Gesetzentwurf liegen die erwarteten Mehrkosten für das Land bei rund 52 Millionen Euro im Jahr 2022, rund 104 Millionen Euro im Jahr 2023, jeweils rund 111 Millionen Euro in den Jahren 2024 und 2025 sowie 163 Millionen



Euro im Jahr 2026. Ab 2027 sei mit jährlichen Kosten von rund 28 Millionen Euro zu rechnen.

Radiomarkt in NRW

26.6.2019 – Der Landtag hat über eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zur „Situation und Entwicklung des Radiomarktes in Nordrhein-Westfalen“ ([17/3846](#)) und die Antwort der Landesregierung ([17/5749](#)) diskutiert. Die Fraktion hatte mehr als hundert Fragen zum öffentlichen Rundfunk und den privaten Lokalradios gestellt, darunter Fragen zu Verbreitung und Frequenzvergabe, Redaktionen und Personal, wirtschaftlicher Entwicklung und zur „Sicherung der Radiovielfalt“. Ziel der Fraktion sei, das vorhandene Radiosystem aus öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern zu erhalten. Der Radiomarkt stehe aber vor Herausforderungen, die gestaltet werden müssten, etwa die digitale Entwicklung.

Gartenbauausstellung

26.6.2019 – Laut einem Antrag der Grünen-Fraktion soll sich das Land Nordrhein-Westfalen finanziell stärker an der Durchführung der Internationalen Gartenbauausstellung (IGA) in der Metropole Ruhr im Jahr 2027 beteiligen. Das Land solle bis 2027 ein städtebauliches Sonderprogramm mit einem Landesanteil von 20 Millionen Euro auflegen, heißt es im Antrag der Fraktion ([17/4794](#)). Zudem solle sich das Land als Gesellschafter an einer zu gründenden Durchführungsgesellschaft beteiligen und den notwendigen Gesellschafteranteil tragen. Laut einer Machbarkeitsstudie des Regionalverbands Ruhr würden zur IGA 2027 zwischen 2,6 Millionen und 5,5 Millionen Besucherinnen und Besucher erwartet. Für das gesamte Ruhrgebiet gebe es ein „enormes“ wirtschaftliches Potenzial. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt. Die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD stimmten dafür.

Versehrten-Spiele

27.6.2019 – Landtag und Landesregierung wollen die sogenannten Invictus Games nach Nordrhein-Westfalen holen. Der Landtag hat einen entsprechenden Antrag ([17/6595](#)) der Fraktionen von CDU, SPD und FDP einstimmig angenommen. Bei den Spielen handelt es sich um ein Sportturnier für einsatzversehrte Soldatinnen und Soldaten. Prinz Harry, Duke of Sussex, hat die Spiele 2014 ins Leben gerufen. Ziel der Sportveranstaltung sei es, „die Teilnehmenden durch das regelmäßige und strukturierte Training sowie die Vorbereitung auf den Wettkampf dabei zu unterstützen, wieder ihren Alltag zu bewältigen und neues Selbstvertrauen zu gewinnen“, heißt es im Antrag. Von Anfang an seien Einsatzkräfte der Bundeswehr bei den Spielen dabei. Man wolle „vor allem ein Zeichen der Wertschätzung und der Teilhabe für die verwundeten Soldatinnen und Soldaten sowie ihre Familien setzen“. Die Landesregierung solle sich für eine Austragung in NRW ab 2022 einsetzen.

Kinderbetreuung

10.7.2019 – Der Landtag hat in erster Lesung das von der Landesregierung geplante „Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung“ ([17/6726](#)) beraten. Mit dem Gesetzesentwurf will die Regierung die strukturelle Unterfinanzierung in den Kitas beseitigen. Zudem will sie den Ausbau an Betreuungsplätzen stützen, die Personalausstattung in Kitas und die Qualität in der Kindertagespflege verbessern. Die Sprachförderung sowie die Ausbildung und Fachberatung für pädagogisches Personal sollen unterstützt, flexiblere Betreuungs- und Öffnungszeiten in der Kinderbetreuung geschaffen und die Familien finanziell entlastet werden, indem auch das vorletzte Kitajahr kostenfrei werden soll. Um diese Ziele zu erreichen, plant das Land, für das Kindergartenjahr

2020/2021 808 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Die Kommunen sollen im selben Kitajahr rund 375 Millionen Euro beisteuern, auch der Bund sei an der Finanzierung beteiligt. Mit dem im Gesetzesentwurf beschriebenen quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung erhofft sich die Landesregierung, das Angebot bedarfsgerecht auszugestalten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu verbessern. Auch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung für den Erzieherberuf könne damit einhergehen – was mittel- und langfristig zu mehr männlichen Erziehern führen könnte, schreibt die Landesregierung im Gesetzesentwurf. Der Landtag hat ihn zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – überwiesen.

Ökolandbau

10.7.2019 – Die Grünen-Fraktion möchte den ökologischen Landbau in Nordrhein-Westfalen fördern und weiter stärken. Mehr als 2.150 Betriebe arbeiteten in NRW nach der EU-Öko-Verordnung, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([17/6738](#)). Das seien 5,9 Prozent der hiesigen Landwirtschaftsbetriebe. Im Vergleich zum Jahr 2001 habe sich die Anzahl der Betriebe zwar verdoppelt, die Nachfrage übersteige aber bei Weitem die Angebote der heimischen Produzenten. Die Landesregierung solle daher u. a. den Neueinstieg in die ökologische Bewirtschaftung erleichtern und die Vermarktung regional erzeugter Bioprodukte unterstützen. Sie solle auch ein regionales Bio-Label entwickeln und ein Programm für Kantinen und Mensen in öffentlichen Einrichtungen auflegen. Es solle vorsehen, mindestens 20 Prozent ökologisch produzierte Lebensmittel zu verwenden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.



Rheinvertiefung

10.7.2019 – Die Landesregierung solle sich für eine „konsequente und zügige Umsetzung der geplanten Rheinvertiefung“ einsetzen und dem Thema eine „deutlich höhere Priorität“ einräumen. Dies fordert die AfD-Fraktion in einem entsprechenden Antrag (17/6756). Er wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen. Die Vertiefung des Rheins sei „eines der wichtigsten infrastrukturellen Projekte in NRW“, heißt es in dem Antrag. Passiert sei bis heute wenig. Zwar sei der Bund für die Planung und Umsetzung zuständig, dies entschuldige jedoch „in keinsten Weise den jahrelangen Aufschub und die schleppende Umsetzung“. Es sei von „absoluter Wichtigkeit, dass die Rheinvertiefung als wichtiges und vordringliches infrastrukturelles Projekt verstanden wird, das einen erheblichen Beitrag zur ‚Verkehrswende‘ im Güterverkehr erbringen kann“.

Grundschule

11.7.2019 – Der Landtag hat den Grünen-Antrag „Zukunftsplan Grundschule“ (17/6739) debattiert. Die Fraktion fordert von der Landesregierung ein Konzept, damit Grundschulen sich zu Quartiersschulen mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Familien entwickeln können. Darüber hinaus soll ein standortbezogener Sozialindex für eine angemessene Zuweisung von Lehr-, sonderpädagogischem und multiprofessionellem Personal an der konkreten Schule sorgen. Schulleitungen müssten entlastet, Lehrkräfte an Grundschulen genauso bezahlt werden wie solche in der Sekundarstufe II. Für Gruppen des Offenen Ganztags fordern die Grünen eine Grundförderung, für Grundschulen insgesamt die Möglichkeit, in den gebundenen, also regulär verpflichtenden Ganztag zu wechseln. Auch eine systematische Fortbildung der Lehrkräfte und aller am Offenen Ganztag Beteiligten ist Bestandteil der Forderungen. Zudem will die Fraktion die informatische Grundbildung, eine „durchgängige Mehrsprachigkeitsdidaktik“ und das Fach „Praktische Philosophie“ in der Grundschule

eingeführen. Insgesamt bräuchten Grundschulen mehr Freiheit, heißt es im Antrag. Er wurde zur weiteren Beratung an den Schulausschuss – federführend – überwiesen.

Halbjahresbericht Petitionen

11.7.2019 – Der Petitionsausschuss hat seinen Bericht für das zweite Halbjahr 2018 vorgelegt. Knapp 3.000 Petitionen seien in diesem Zeitraum beim Ausschuss eingegangen, teilte Vorsitzender **Serdar Yüksel** mit. Damit lägen die Eingaben weiterhin auf hohem Niveau. Im gesamten Jahr 2018 hätten den Landtag 5.650 Eingaben erreicht. „Als Parlament kann uns diese hohe Anzahl nur freuen, denn die Bürgerinnen und Bürger nehmen ihre demokratischen Rechte wahr“, so Yüksel. Der größte Anteil entfalle derzeit auf das Ausländerrecht. In diesem Bereich habe der Petitionsausschuss mehr als 800 Eingaben abgeschlossen. Sie hätten in der Regel ausländische Menschen betroffen, die seit Jahren in Nordrhein-Westfalen lebten, gut integriert seien und bereits einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz hätten. 559 Eingaben aus dem Bereich Schule und Hochschule seien ebenfalls abgeschlossen worden, darunter die Masseneingabe einer Schule zum Thema Unterrichtsversorgung und Klassenraumangel. Auch das Thema Inklusion sei nach wie vor ein wichtiges Arbeitsfeld für den Petitionsausschuss, sagte Yüksel. Weiterhin hoch sei die Anzahl der Beschlüsse zu den Themen Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt. Mehr als 10 Prozent der Petentinnen und Petenten hätten sich beispielsweise über Verkehrsplanungen, nicht erteilte Baugenehmigungen und über die Bauleitplanungen ihrer Kommunen beschwert. Auf „stabilem Niveau“ befänden sich die Petitionen aus dem Sozialrecht. Durchschnittlich ein Drittel der Eingaben habe für die Petentinnen und Petenten ein positives Ergebnis. Im Berichtszeitraum seien es sogar mehr als 40 Prozent gewesen.

Artenschutz

11.7.2019 – Der Landtag hat sich mit dem Antrag „#ArtenschutzNRW – Lebensräume in Nordrhein-Westfalen schaffen und erhalten“

(17/6745) beschäftigt, den die Fraktionen von CDU und FDP vorgelegt haben. Biodiversität sei ein „unverzichtbarer Teil des Umweltschutzes“, heißt es darin. Die Landesregierung unterstütze u. a. die Einrichtung und Betreuung von 14 sogenannten Leitbetrieben für Biodiversität, die beispielsweise Blüh- und Schonstreifen einrichten und manche Getreideflächen nicht ernten, um Vögeln Nahrung zu bieten. Mit der NRW-Landwirtschaftskammer und den NRW-Landwirtschaftsverbänden habe die Landesregierung die „Rahmenvereinbarung zur Förderung der Biodiversität in Agrarlandschaften“ abgeschlossen, um Betriebe vor Ort zu unterstützen. Die Fraktionen fordern die Landesregierung auf, das landesweite Kataster von Naturschutzflächen zu überarbeiten und zu berichten, wie und auf welchen landeseigenen Flächen biodiversitätsfördernde Maßnahmen umgesetzt werden können. Auch solle geprüft werden, ob die Finanzierung der Biodiversitätsberatung der Landwirtschaftskammer NRW dauerhaft gesichert und ausgeweitet werden kann. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen. SPD und Grüne stimmten dagegen, die AfD enthielt sich.

Forschung

11.7.2019 – Das Plenum hat sich mit den Möglichkeiten der Forschung an Fachhochschulen befasst. Diese verfügten über keine eigenständige Grundfinanzierung für Forschung und seien auf die Einwerbung von Drittmitteln angewiesen, erläutert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Forschungstätigkeiten an Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken – Weitere Professuren einrichten“ (17/5376). Sie fordert die Landesregierung auf, Professorinnen und Professoren von „hohen Lehrverpflichtungen“ zu entlasten und so mehr Zeit für Forschung zu schaffen. Um die dann geringere Zeit für die Lehre auszugleichen, sollen zusätzliche Professuren eingerichtet werden. Die Kosten hierfür solle die Landesregierung in vollem Umfang ausgleichen. Der Landtag lehnte den Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD ab, die SPD stimmte für den Antrag, die Grünen enthielten sich.



Foto: Schälte

PLENUM

Demo sorgt für Diskussionen

Debatte um Proteste von „Fridays for Future“ und „Ende Gelände“

26. Juni 2019 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde erneut über die freitäglichen Demonstrationen junger Menschen für den Klimaschutz („Fridays for Future“) debattiert. Der Aussprache lag ein Antrag der AfD-Fraktion zugrunde.

Die Fraktion bezog sich auf Demonstrationen im Juni in Aachen und im Rheinischen Braunkohlerevier. Dabei sei es zu einem „Schulterchluss zwischen ‚Fridays for Future‘ und den gewaltbereiten Gruppierungen von ‚Ende Gelände‘“ gekommen, heißt es in dem Antrag („Fridays for Future“ trifft ‚Ende Gelände‘-Extremisten – Autoritätsverlust der Schulministerin auf ganzer Linie“, [17/6645](#)). Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) habe „nichts gegen die zunehmende Verselbstständigung der freitäglichen Schülerdemonstrationen unternommen“.

Helmut Seifen (AfD) kritisierte, dass sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Fridays for Future“-Demonstration den Aktionen der Gruppe „Ende Gelände“ im Rheinischen Braunkohlerevier angeschlossen hätten. Dies zeige, dass „Fridays for Future“ keine „putzige“ Jugendbewegung sei, sondern zunehmend zur „Gefolgschaft einer radikalen, ja extremistischen Avantgarde“ werde. Die Polizei habe frühzeitig vor einer Kooperation der Schülerinnen und Schüler mit den Aktivisten gewarnt. Das Schulministerium hätte, so Seifen, diese „Fürsorgemaßnahme“ in aller Entschiedenheit unterstützen müssen.

Petra Vogt (CDU) nannte das Bild, das Seifen von jungen Menschen gezeichnet habe, „unglaublich“. In Aachen hätten Schülerinnen und Schüler friedlich demonstriert, die Polizei

habe keine Vorfälle gemeldet. Dies sei ein „Ausweis von Verantwortungsbewusstsein“ gewesen. Zwar habe die Führungsspitze von „Fridays for Future“ dazu aufgerufen, sich den Aktionen von „Ende Gelände“ anzuschließen. Dies nannte Vogt „unverständlich“. Aber nur wenige Schülerinnen und Schüler seien diesem Aufruf gefolgt. Dass sich junge Menschen politisierten und ihre Meinung sagten, sei „gelebte Demokratie“.

„Zukunftsfragen“

André Stinka (SPD) warnte davor, dass der Antrag der AfD-Fraktion „Verhetzungspotenzial“ in sich trage und versuche, Menschen gegeneinander aufzubringen. „Das wird auf entschiedenen Widerstand der SPD hier stoßen.“ Die AfD wolle eine Minderheit mit der Mehrheit derjenigen vermischen, die sich um das Klima sorgten, und den Staat als handlungsunfähig darstellen. „Das ist unglaublich, Herr Seifen, was Sie hier machen“, sagte Stinka an den AfD-Politiker gewandt. Für die SPD gelte: „Ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Verfolgung von Straftaten.“ Zudem müssten Debatten von jungen Menschen geführt werden, in denen es um Zukunftsfragen gehe.

Franziska Müller-Rech (FDP) bezeichnete den Antrag der AfD-Fraktion als „den schlechtesten, den ich je gelesen habe“. Der Antrag sei „an

Absurditäten und Fehlgriffen in der Wortwahl nicht mehr zu übertreffen“. Auch die Vorwürfe gegen Schulministerin Gebauer seien völlig haltlos. Die AfD-Fraktion betreibe „wildes Bashing“, ohne eigene Vorschläge zum Klimaschutz zu präsentieren. Da sei die Fraktion „völlig blank“, sagte Müller-Rech. Die Proteste der „Ende Gelände“-Bewegung am Tagebau Garzweiler seien eskaliert, die „Fridays for Future“-Bewegung sei aber weiterhin ein Beispiel für friedlichen Protest.

Schülerinnen und Schüler hätten ein „friedliches und unübersehbares Zeichen für schnelles und konsequentes Handeln in Sachen Klimaschutz gesetzt“, sagte **Wibke Brems** (Grüne). Auf das politische Engagement der jungen Menschen könne man stolz sein. Der Protest der Schülerinnen und Schüler habe sich auch gegen die Landesregierung gerichtet. Es reiche nicht, sich wie Bundes- und Landesregierung nur zu Klimazielen zu bekennen oder „einen Gipfel nach dem anderen“ zu veranstalten. Solange nichts für den Klimaschutz getan werde, blieben dies nur „symbolische Akte“, sagte Brems.

Es sei nicht Aufgabe der Schulen, politisches Engagement zu lenken oder zu kontrollieren, wie Schülerinnen und Schüler außerhalb der Schule ihr Demonstrationsrecht ausüben, sagte Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP). Aus Gründen der Fürsorge habe ihr Ministerium aber ein Informationsschreiben der Polizei mit einer Begleitmail an die Bezirksregierungen geschickt. In dem Schreiben habe die Polizei auf die zeitliche und örtliche Nähe der Veranstaltungen hingewiesen – und darauf, dass in der Vergangenheit am Rande von „Ende Gelände“-Demonstrationen immer wieder gewaltbereite Gruppen aufgetreten seien. *wib, tob, zab*

Debatte um die Klimaschutz-Steuer

Pläne für eine CO₂-Bepreisung beschäftigen die Abgeordneten

11. Juli 2019 – Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) will mit einer sogenannten CO₂-Bepreisung den Ausstoß von Treibhausgasen verringern. Kraftstoffe, Heizöl und Erdgas sollen höher besteuert werden, die Einnahmen für den Staat als Klimaprämie an die Bürgerinnen und Bürger fließen. Der Vorschlag sorgte für eine kontroverse Debatte im Landtag.

„Um dem Klimawandel zu begegnen, müssen wir als Menschen über uns hinauswachsen“, sagte **André Stinka** (SPD) zu Beginn der Aktuellen Stunde. Die bisherigen Bemühungen gingen nicht weit genug. Ein CO₂-Preis von etwa 35 bis 70 Euro pro Tonne sei kein Allheilmittel, wirke aber als konkretes Instrument im Gesamtzusammenhang. Eine Zugfahrt dürfe beispielsweise nicht teurer sein als ein Flugticket für dieselbe Strecke. Wichtig sei, den CO₂-Preis sozial auszugestalten, erklärte Stinka. „Wenn wir Veränderungen erkennen, müssen wir diese gemeinsam angehen, anstatt Menschen gegeneinander auszuspielen“, betonte er.

Auch **Josef Hovenjürgen** (CDU) appellierte „an alle, den Weg gemeinsam zu beschreiten“. Dabei gehe es darum, die Menschen mitzunehmen und Vertrauen zu schaffen. Die CO₂-Reduktion sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Wir alle sind aufgerufen mitzuarbeiten“, betonte er und plädierte für Kompromisse, da eine fundamentale Haltung nicht von allen mitgetragen werde. In der am Vortag vom Wirtschaftsminister vorgestellten Energieversorgungsstrategie erkannte Hovenjürgen „gute Wege“, um der Herausforderung zu begegnen. Es gehe darum, Arbeitsplätze zu erhalten und keine Existenzängste zu schüren.

Wibke Brems (Grüne) erinnerte an die „Verantwortung für zukünftige Generationen und für Menschen in anderen Regionen, die schon

heute massiv unter dem Klimawandel leiden“. Die Bundesregierung müsse „endlich handeln, statt einfach nur Bekenntnisse zu liefern“. Auch die Landesregierung warte nur ab, sie setze „keine Signale“, sagte Brems. Es sei gut, dass Bundesumweltministerin Schulze Vorschläge zu einer CO₂-Bepreisung gemacht habe. Allerdings müsse klar sein, dass eine solche Bepreisung zwar ein „wichtiges Instrument“ sei, aber allein nicht reiche. Weitere Maßnahmen zum Klimaschutz müssten folgen.

„Effektiver Klimaschutz“

„Das, was die Landesregierung zu tun hat, das tut sie“, sagte **Ralph Bombis** (FDP). Er verwies auf die am Tag zuvor präsentierte Energieversorgungsstrategie. Darin fehle „nichts, was das Energiesystem der Zukunft angeht“. Alle demokratischen Parteien, so Bombis, hätten sich für eine CO₂-Bepreisung ausgesprochen. Unterschiedliche Ansichten gebe es lediglich bei der Ausgestaltung. Seine Fraktion stehe für einen „effektiven und entschlossenen Klimaschutz“. Er müsse sozialverträglich umgesetzt werden und dürfe Geringverdiener und die Mitte der Gesellschaft nicht derart belasten, „dass es zu einer Spaltung kommt“.

Christian Loose (AfD) kritisierte, dass Ängste vor einem Klimawandel geschürt würden. Die geforderte CO₂-Bepreisung sei ein weiteres Beispiel „für die Zerstörung der Industrie“ sowie

von heimischen Arbeitsplätzen. CO₂ sei ein „Lebenselixier für unsere Pflanzen“, wirke wie Dünger und Sorge für Wachstum. Eine CO₂-Steuer sei nichts weiter als eine „Steuer indirekt auf das Pflanzenwachstum“ und gleiche einer getarnten Erhöhung der Mineralölsteuer. Bürgerinnen und Bürger – besonders mit geringen Einkommen – würden weiter „geschöpft“. Sie hätten es allerdings satt, „als Melkkuh der Nation zu gelten“.

Da Emissionen keine nationalen Grenzen kennen würden, brauche es auch internationale Lösungen, sagte Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP). Das Modell der CO₂-Bepreisung von Bundesumweltministerin Svenja Schulze sei noch nicht ausgereift. Es stünden Gutachten aus, die „eine wissenschaftlich begründete und nachhaltige, politische Entscheidung für einen gangbaren Weg“ zuließen. Der Ansatz für die Bepreisung sollte „marktbasiert“ sein und könne sich in der Höhe und Erhebungsmethodik möglichst weitgehend am EU-weiten Emissionshandel orientieren.

sow, zab, tob

Der Debatte lag der Antrag „Bundesumweltministerin Svenja Schulze legt Plan für sozialverträgliche Ausgestaltung einer CO₂-Bepreisung vor – Landesregierung muss beim Klimaschutz Farbe bekennen“ (17/6821) der SPD-Fraktion vor.



Neue Abgeordnete

10.7.2019 – In der letzten regulären Plenarwoche vor der Sommerpause hat der Präsident des Landtags, André Kuper (Mitte), zwei neue Abgeordnete verpflichtet. Für den Anfang Juni gestorbenen CDU-Politiker Holger Müller rückte Hendrik Schmitz (CDU/41, rechts) aus Baesweiler in den Landtag nach. Für Dr. Stefan Berger (CDU), der ins Europaparlament wechselt, kam Wilhelm Hausmann (48) aus Oberhausen. Beide Politiker hatten bereits von 2012 bis 2017 dem Landesparlament angehört.

Foto: Schälte

Problem Wohnungslosigkeit

Landtag debattiert über Initiative der Landesregierung

27. Juni 2019 – In einer Unterrichtung hat die Landesregierung die neue Initiative „Endlich ein Zuhause“ gegen Wohnungslosigkeit vorgestellt. Demnach soll das Budget bis zum Jahr 2020 auf rund 6,8 Millionen Euro jährlich aufgestockt werden, um Menschen vor Wohnungslosigkeit zu schützen.

Laut Angaben des Sozialministeriums ist die Zahl der Wohnungslosen in Nordrhein-Westfalen erneut stark gestiegen: Ende Juni 2018 waren rund 44.400 Menschen wohnungslos gemeldet, rund 12.000 (37,6 Prozent) mehr als im Vorjahr.

In einer schriftlichen Vereinbarung mit der Landesregierung hätten sich Unternehmen wie Vonovia, Vivawest, LEG sowie der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen verpflichtet, neuen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In 20 besonders betroffenen Städten und Kreisen – darunter Köln, Düsseldorf und Dortmund – sollen Präventionsprojekte starten.

Gegen Wohnungslosigkeit vorzugehen, sei ein politischer Schwerpunkt seines Ministeriums, sagte Sozialminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Die Landesregierung habe die Haushaltsmittel erhöht: von knapp zwei Millionen Euro im vergangenen Jahr auf rund fünf Millionen Euro in diesem Jahr. Für 2020 sei eine weitere Aufstockung auf 6,8 Millionen Euro vorgesehen. Die neue Landesinitiative ziele darauf, Wohnungsverluste zu vermeiden, einen besseren Zugang zu Wohnraum zu bieten und die medizinische und psychosoziale Versorgung für Betroffene zu verbessern.

Josef Neumann (SPD) nannte Wohnungslosigkeit „die Speerspitze der grassierenden Wohnungsnot“. Das Thema Wohnraumangel habe aktuell denselben Stellenwert wie die Themen Klima und Zukunft der Arbeit als eine der großen politischen Herausforderungen. Neumann betonte, dass seine Fraktion im Grundsatz das Anliegen der Landesregierung unterstütze. Das Handlungskonzept des Sozialministers sei aber „alter Wein in vielen neuen Schläuchen“. Es handle sich um ein „Sammelsurium aus Maßnahmen und Absichtserklärungen“.

Die von Laumann geplante

Erhöhung der Finanzmittel im Kampf gegen Wohnungslosigkeit sei zu gering.

Peter Preuß (CDU) sprach von einem „umfassenden Handlungskonzept gegen Wohnungslosigkeit“ und einem „weiteren sozialpolitischen Baustein“. Es gehe darum, individuelle Hilfen für Menschen zu organisieren, die von Wohnungslosigkeit betroffen seien. Die Gründe, die in Obdach- oder Wohnungslosigkeit führten, seien vielschichtig, sagte Preuß. Häufig spielten finanzielle Probleme, prekäre Familienverhältnisse und Suchterkrankungen eine Rolle. Der Verlust der Wohnung sei aber vermeidbar, wenn frühzeitig Hilfe einsetze. Daher sei auch die Handlungsvereinbarung mit der Wohnungswirtschaft richtig.

„Arztmobil“ in Essen

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) lobte Laumann für das vorgelegte Konzept, bemängelte aber, dass die Landesregierung die darin skizzierten Ziele bislang nicht verfolgt habe. Es müsse deutlich mehr getan werden für den sozialen und barrierefreien Wohnungsbau. Wichtig sei auch eine „quartiersorientierte Politik“ in Kommunen, wie sie beispielhaft in Essen praktiziert werde, wo ein „Arztmobil“ Wohnungslose medizinisch versorge. Einen erhöhten Bedarf gebe es für den Ausbau von Frauenhäusern, die verstärkt Schutz auch für Frauen mit Kindern bieten müssten. Jeder in NRW lebende Mensch habe einen Anspruch auf adäquaten Wohnraum.

Susanne Schneider (FDP) wies die Kritik der Opposition zurück. Die Koalition von CDU und FDP habe die Wohnungslosigkeit zu einem Schwerpunkt ihrer Sozialpolitik gemacht. Wichtig sei dabei, auch die individuellen Ursachen von Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. Im Vordergrund stünden bei dem Konzept präventive Maßnahmen. Schneider hob besonders die Wohnungslosigkeit von Frauen hervor, die diese oft aus Scham und aus Angst vor Diskriminierung verheimlichten. Sie täuschten Normalität vor. Diese Frauen seien bislang zu wenig von den Hilfsangeboten erreicht worden. Schneider betonte: „Auch das ändern wir.“

Roger Beckamp (AfD) nannte die Pläne der Landesregierung „sinnvoll“. Ein „umfassendes Handlungskonzept“ habe sie jedoch nicht vorgelegt. Die gestiegene Wohnungslosigkeit liege an der Zuwanderung, an Fehlbelegungen im sozialen Wohnungsbau und an der Gentrifizierung, sagte Beckamp. Im Gegensatz zu den anderen Fraktionen benenne die AfD die Gründe. Sucht und Fehlverhalten der Bewohner seien nicht die wesentlichen Ursachen, sondern vor allem die „Verdrängung durch Zugewanderte“. Deshalb sei der Zugang bestimmter Bevölkerungsgruppen zu Wohnungen nur noch erschwert möglich.

tob, wib, zab

Kampf gegen Rechtsextremismus

Aktuelle Stunde nach Mord an Kasseler Regierungspräsident Lübcke

26. Juni 2019 – Nach dem Mord am hessischen CDU-Politiker Dr. Walter Lübcke haben Abgeordnete im Landtag über den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus diskutiert. Der mutmaßliche Täter im Fall Lübcke hat einen rechtsextremistischen Hintergrund.

Zuletzt waren zudem Morddrohungen gegen die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und den Bürgermeister der Stadt Altena, Andreas Hollstein, bekannt geworden. Beide waren bereits 2015 beziehungsweise 2017 Opfer von rechtsextremen Gewalttaten geworden.

Der Aktuelle Stunde lagen Anträge der Fraktionen von CDU und FDP (17/6643) und der Fraktion der SPD (17/6644) zugrunde. Mitberaten wurde ein Eilantrag der Grünen-Fraktion (17/6642), der mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen angenommen wurde. Die AfD-Fraktion enthielt sich.

Verena Schäffer (Grüne) nannte den Mord an Lübcke einen „Angriff auf die Demokratie und die Gesellschaft“. Die Tat sei „zutiefst erschreckend“. Sie zeige auch, dass man nicht von Einzelfällen sprechen könne. Es gebe ein „strukturelles Problem mit dem Rechtsextremismus und -terrorismus“. Schäffer forderte Innenminister Herbert Reul (CDU) auf, sich für ein Verbot der militanten neonazistischen Organisation „Combat 18“ einzusetzen. Sie rief zugleich dazu auf, „die Verrohung der Sprache und eine weitere Diskursverschiebung nach rechts“ zu stoppen. Hier sei die Politik in der Verantwortung.

Daniel Sieveke (CDU) sagte, Lübcke habe sich gegen rechtsextremistische Parolen gestellt und sei auf diese Weise „zum Feind der Feinde unserer Demokratie“ geworden. Sieveke mahnte, jede Art von Extremismus müsse gleich behandelt werden. Denn: „Jeder Extremist ist Mist.“

Die Politik dürfe „auf keinem Auge blind sein“. Es gelte: „Null Toleranz.“ Dies müsse eigentlich selbstverständlich sein, sei es aber nicht. Sieveke betonte: „Lassen Sie uns als demokratische Parteien daran mitwirken, dass der Rechtsextremismus nicht Blüten trägt, sondern schnellstmöglich austrocknet und verkümmert.“

„Hasskommentare im Internet“

Marc Lürbke (FDP) forderte, der wehrhafte Rechtsstaat müsse die freiheitlich-demokratische Ordnung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus konsequent verteidigen. „Ich möchte, dass wir dieser widerlichen Szene pausenlos auf den Springerstiefeln stehen.“ Im Kampf gegen Rechtsextremismus müssten Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden gestärkt werden und auch vermehrt gegen Hasskommentare im Internet vorgehen. Bereits die Androhung eines Mordes sei eine Straftat, sagte Lürbke. Wer hasserfüllte Kommentare im Internet schreibe, müsse die „volle Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats“ zu spüren bekommen.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschat** wies darauf hin, dass die von vier Fraktionen beantragte Aktuelle Stunde ein Zeichen gegen rechtsextremistischen Terror setze. „Der rechtsextremistische Mordanschlag hat uns getroffen, doch wir wanken nicht“, sagte Kutschat und fasste als „zentrale Botschaft“ zusammen: „Wir sind stärker als der rechte Terror.“ Jeden Tag würden Menschen und Familien bedroht, darunter oft

Flüchtlinge, aber auch Kommunalpolitiker. „Es wird Zeit, dass der gewalttätige Rechtsextremismus die Macht der wehrhaften Demokratie zu spüren bekommt – und zwar noch härter und stärker, als das bisher der Fall ist.“

Das Attentat auf den Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke sei „noch nicht gerichtlich aufgearbeitet“, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. Es gebe offene Fragen. Morde seien zu verurteilen, dies sei für die AfD eine Selbstverständlichkeit. Der Fall dürfe aber nicht parteipolitisch ausgeschlachtet werden. Genau das geschehe jedoch. Wagner warnte vor „voreiligen Spekulationen“. Er sprach von grotesken, demokratie-, rechtsstaats- und menschenfeindlichen Äußerungen. Der Tod Lübckes könne als „Fanal für das verbale Abrüsten stehen, für das Verbindende über die Parteigrenzen hinweg“.

Nicht der erste Pistolenschuss sei der Angriff auf die Demokratie, sagte Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) – „sondern das Bedrohen von Menschen, die am Ende ihre eigene Bereitschaft, sich zu engagieren, nicht mehr einbringen können, weil sie Angst haben vor einem Mord“. Von Drohungen seien Kommunalpolitikerinnen und -politiker ebenso betroffen wie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in Flüchtlingseinrichtungen. Der Landtag nehme den Kampf gegen Rechtsextremismus ernst. Dies habe auch die Debatte gezeigt, sagte Laschet: „Wir dulden weder Hetze noch Terror.“ Die Demokratie sei standhaft. *tob, zab, wib*



Verpflichtung

27.6.2019 – Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat im Juni eine neue Abgeordnete verpflichtet. Für den FDP-Abgeordneten Moritz Körner, der ins Europaparlament gewählt worden war, rückte Daniela Beihl nach. Die 34-jährige FDP-Politikerin aus dem Kreis Minden-Lübbecke gehört dem Landtag zum ersten Mal an. Der Präsident hieß Beihl herzlich im Landesparlament willkommen und betonte: „Auf gute Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen in unserem Lande.“ Foto: Zanin

Wenn die Straße erneuert wird

Sachverständige äußern sich zu Anliegerbeiträgen

7. Juni 2019 – Um Straßenausbaubeiträge ging es in einer gemeinsamen Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Kommunales, Bauen und Wohnen sowie des Verkehrsausschusses. Hintergrund: Die SPD-Fraktion will die Beiträge abschaffen und hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Zahlreiche Zuhörerinnen und Zuhörer verfolgten die Sitzung im Plenarsaal.

Werde eine kommunale Straße erneuert oder verbessert, beteilige die jeweilige Gemeinde die Grundstückseigentümer an den Kosten, heißt es im Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (17/4115). Dieses Vorgehen sei „in erhebliche Kritik geraten, da die Beitragsbelastungen für die Grundstückseigentümer im Einzelfall sehr hoch sind und bis in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich reichen können“. Die Fraktion will die Straßenausbaubeiträge deshalb streichen. Betroffene Städte und Gemeinden sollen als Ersatz „Zuweisungen aus originären Landesmitteln“ erhalten. Es handle sich um etwa 112 bis 127 Millionen Euro im Jahr.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände warnte vor einer Abschaffung der Beiträge. Man gehe von deutlich höheren Kosten aus, als im Gesetzentwurf angegeben, hieß es in einer Stellungnahme für die Ausschüsse. Zudem seien in den kommenden Jahren in vielen Kommunen „massive Investitionen“ erforderlich, da Straßen aus den 1950er- bis 1970er-Jahren verschlissen seien. Die Arbeitsgemeinschaft bezweifelte, dass das Land den „Betrag dauerhaft 1:1 übernehmen würde und könnte“. Städte und Gemeinden „wären vielmehr vom Wohlwollen des Landes

und dessen Finanzsituation abhängig“. Die Spitzenverbände räumten ein, dass Anlieger „in Einzelfällen finanziell überfordert sein können“. Sie regten u. a. erweiterte Möglichkeiten zur Ratenzahlung an.

Ulrich Francken, Bürgermeister der Gemeinde Weeze, schloss sich den kommunalen Spitzenverbänden an: „Der Straßenausbaubeitrag ist in seiner bestehenden Form ein gerechter und sinnvoller Ansatz zur Verteilung einer öffentlichen Last auf verschiedene Lastenträger.“ Weiter hieß es in seiner Stellungnahme: „Dass die bestehende Regelung auf Widerspruch stößt und zu Unzufriedenheit bei den betroffenen Bürgern führt, ist bekannt.“ Er habe jedoch die Erfahrung gemacht, „dass sich in Gesprächen in den allermeisten Fällen eine Akzeptanz herbeiführen lässt“.

Anderer Ansicht war Henning Gronau, Bürgermeister der Gemeinde Erndtebrück. Das derzeitige System sei „nicht mehr zeitgemäß“. Vor allem Anwohnerinnen und Anwohner in ländlich geprägten Regionen würden durch die Beiträge stark belastet: „Es gibt dort weniger Einwohner als in Ballungsräumen und die vorhandene Infrastruktur ist weniger stark ausgelastet. Dadurch müssen meist wenige Anlieger

die Kosten für verhältnismäßig lange Straßenabschnitte tragen.“ An die Stelle der Beiträge sollten daher „zweckgebundene Finanzmittel des Landes NRW und/oder des Bundes treten“.

Der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz teilte diese Auffassung nicht. Die Abschaffung der Beiträge würde einen „Eingriff in die Finanzho-

heit und damit auch in die kommunale Selbstverwaltung bedeuten“. Von einer „Entlastung des Bürgers“ könne zudem keine Rede sein, da es sich bei möglichen Ausgleichszahlungen des Landes um Steuergeld handle, das zuvor von den Menschen erhoben worden sei.

Der „Verein für Kommunalpolitik NRW“ dagegen empfahl, den Vorschlägen der SPD-Fraktion zu folgen. Entsprechende Volksinitiativen seien bereits in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg erfolgreich gewesen. Von Anliegerbeiträgen würden „besonders die Bevölkerungskreise belastet, die sich ohnehin schon in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden“. Als Beispiele nannte der Verein junge Familien und Rentner.

„Mehr Verkehr“

Auch die Bürgerinitiative (BI) „Schöne Straßen an leeren Häusern – Nein danke!“ aus Schleiden (Kreis Euskirchen) forderte die Abschaffung der Gebühren. „Dass ein Grundstück an eine Straße grenzt, führt nicht dazu, dass die Straße irgendwann grundsaniert werden muss“, hieß es in der Stellungnahme der BI. Vielmehr seien es „unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen der Kommunen, der zunehmende Verkehr sowie immer schwerere Fahrzeuge, die die Straßen marode werden lassen“.

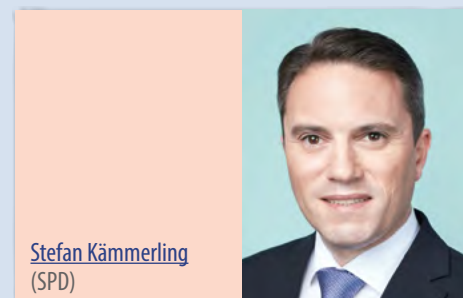
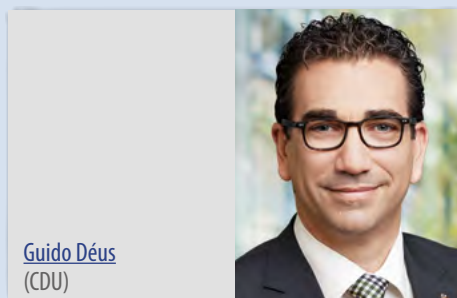
Als „schlechtes Instrument“ bezeichnete Prof. Dr. Gisela Färber (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer) die Straßenausbaubeiträge. Sie sprach in der Anhörung von „schiefen Verteilungsmaßstäben“ und „häufig groben Ungerechtigkeiten“. Auf der anderen Seite würde mit der Abschaffung der Beiträge aber eine Abgabe entfallen, über die Kommunen allein entscheiden könnten. Dies wäre, so Färber, ein „Wermutstropfen“. Erforderlich sei ein „besseres kommunales Steuersystem“.

zab

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Straßenausbaubeiträge“



Straßenausbaubeiträge ...

... sind in den letzten Jahren durch den rasanten Anstieg der Straßenbaukosten überproportional gestiegen. Die erbrachte Leistung ist aber immer noch die gleiche. Dieses Missverhältnis bringt die NRW-Koalition durch die Halbierung der bisherigen Höchstsätze für Anlieger wieder ins Gleichgewicht. Darüber hinaus vereinfachen wir die Regelung deutlich, wollen über eine Härtefallregelung wirtschaftliche Überforderung ausschließen und schaffen einen Rechtsanspruch auf Ratenzahlung, der sich am Basiszinssatz orientiert.

... sind ungerecht, bürokratisch und gehören abgeschafft. Bei den Beiträgen wird die Leistungsfähigkeit der Anlieger nicht berücksichtigt. Nicht selten fordern die Bescheide Beiträge in fünfstelliger Höhe. Das bringt Menschen teilweise in existenzielle Nöte. Besonders junge Familien oder Rentnerinnen und Rentner können sich die Beiträge häufig nicht leisten und bekommen zum Teil keine Kredite.

Kommunen ...

... erhalten durch eine Förderung des Landes eine Erstattung der für sie ausfallenden Anliegerbeiträge. Dazu stellen wir jährlich 65 Mio. Euro im Haushalt bereit und schaffen die Möglichkeit zur überjährigen Bewirtschaftung dieses Haushaltstitels. Die Fördermittel können in einem stark vereinfachten Verfahren auf der Grundlage der Schlussrechnung für die Straßenbaumaßnahme beantragt werden.

... haben hohen Aufwand für die Erhebung der Beiträge und mit möglichen Klageverfahren. Dieser Aufwand steht meist in keinem angemessenen Verhältnis zum Ertrag. Die Erhebung der Beiträge bindet viele Kapazitäten, die sinnvoller eingesetzt werden könnten. Die SPD-Landtagsfraktion will die Kommunen daher von dieser Bürokratie entlasten und die Mindereinnahmen durch den Landeshaushalt ausgleichen.

Das Land Nordrhein-Westfalen ...

... leistet mit dem Förderprogramm seinen Beitrag, um einen fairen Ausgleich zwischen den Eigentümerinnen und Eigentümern, den Kommunen und dem Land herzustellen.

... muss die Hängepartie beenden. Es braucht eine einheitliche, klare Regelung für das ganze Land. Die Frage, ob Straßenausbaubeiträge erhoben werden oder nicht, jeder einzelnen Kommune zu überlassen, schafft einen Flickenteppich. Nur starke Kommunen werden sich einen Verzicht auf die Beiträge leisten können. Das würde die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen weiter vergrößern.

Betroffene Bürgerinnen und Bürger ...

... können sich auf die NRW-Koalition verlassen. Durch eine frühe verpflichtende Bürgerbeteiligung werden wir die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse vor Ort einbinden. Sie sollen selbst mitbestimmen, was sie vor der Haustür wirklich brauchen, und können so direkt Einfluss auf die Kosten nehmen. So wollen wir größere Akzeptanz vor Ort für die notwendigen Maßnahmen herstellen.

... wollen die Straßenausbaubeiträge abgeschafft sehen. Die Volksinitiative des Bundes der Steuerzahler hat bereits über 460.000 Unterschriften für die Abschaffung gesammelt und ist damit die erfolgreichste Volksinitiative in NRW. Über 60 Stadt- und Gemeinderäte haben sich ebenfalls für die Abschaffung ausgesprochen, häufig auch auf Antrag von CDU- und/oder FDP-Fraktionen.

Henning Höne
(FDP)



Mehrdad Mostofizadeh
(Grüne)



Roger Beckamp
(AfD)



... haben sich als ausgleichendes Finanzierungssystem zwischen der allgemeinen Nutzung und dem Sondervorteil für Grundstückseigentümer grundsätzlich bewährt. In den letzten Jahren ist jedoch das Verhältnis zwischen der Belastung der Anlieger und dem Mehrwert aus dem Gleichgewicht geraten. Wir steuern daher nun bei der Beitragshöhe sowie bei Härte- und Sonderfällen zugunsten der Bürger nach.

... sind eine bedeutende Finanzierungsquelle der Kommunen für die Sanierung der Infrastruktur. Monatlang wurden Betroffene von CDU und FDP im Unklaren über künftige Gebühren gelassen. Wir werden die Vorschläge intensiv prüfen. Für uns ist wichtig, dass dabei soziale Härten abgefedert, ökologische Aspekte beachtet werden und der Verwaltungsaufwand in einem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag steht.

... treffen zwar nur vergleichsweise wenige Bürger im Laufe ihres Lebens und das selten – aber dann mit brutaler Heftigkeit. Insbesondere für Rentner und junge Familien können die von den Kommunen einzufordernden Beiträge existenzbedrohend werden. Die scheinbar großzügige Option von möglichen Ratenzahlungen ändert nichts an der massiven Belastung, die den Betroffenen aufgebürdet wird.

... sind auf die Einnahmen angewiesen. Eine vollständige Abschaffung der KAG-Beiträge würde viele Kommunen zwingen, die Grundsteuer anzuheben und alle Bürgerinnen und Bürger über andere Wege zu belasten. Die angestoßene Reform berücksichtigt daher auch die berechtigten Interessen unserer Städte und Gemeinden in NRW. Mindereinnahmen der Kommunen werden durch das Land ersetzt.

... hängen bei diesem Thema in der Luft und setzen Bauprojekte vorläufig aus. Statt schnell eine klare, politische Linie zu finden, hat sich die Landesregierung vom Verkehrsminister zeitweise spalten lassen, als dieser eine vollständige Abschaffung der Gebühren forderte. Ministerin Scharrenbach muss erklären, wie hoch der neue bürokratische Aufwand wird und ob neue Härtefälle produziert werden, sobald die Fördermittel des Landes aufgebraucht sind.

... beanspruchen ein alleiniges Entscheidungsrecht über das „Ob“ und „Wie“ des Ausbaus von sog. Anliegerstraßen; hier wäre es jedoch unabdingbar, auch die betroffenen Bürger mit einzubeziehen. Es ist zudem unrichtig, dass die Erhebung der Straßenausbaubeiträge einen maßgeblichen Eckpfeiler der finanziellen Existenz der Gemeinden darstellt, da der hohe Verwaltungsaufwand deren Einnahmen erheblich schmälert.

... stellt ab 2020 jährlich 65 Millionen Euro als Förderprogramm bereit, nicht abgerufene Mittel werden in das nächste Jahr übertragen. Dieses Geld kommt unmittelbar den Beitragszahlern zugute, für die Kommunen bleibt es beim bisherigen Anteil. Die Fördermittel können für Baumaßnahmen beantragt werden, die seit dem 1.1.2018 beschlossen wurden und für die die verminderten Anliegerbeiträge erhoben werden.

... muss dafür Sorge tragen, dass die Finanzierung der Straßensanierung nicht von der finanziellen Situation der Kommunen abhängig ist. Optionale Regelungen führen dazu, dass reiche Kommunen sich bei ihren Bürger*innen durch einen Verzicht beliebt machen können, während arme Kommunen entweder Gebühren erheben oder auf wichtige Sanierungsmaßnahmen komplett verzichten müssen.

... steht in der Pflicht, das Kommunalabgabengesetz in einer Form anzupassen, die sowohl den Bürgern als auch den Kommunen eine gerechte und nachvollziehbare Lösung anbietet. Es ist zudem unverständlich und für die AfD-Fraktion nicht hinnehmbar, dass das eigentlich selbstverständliche Recht auf Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen ausgerechnet bei dieser Entscheidung ausgehebelt werden soll.

... werden durch die Reform erheblich entlastet. Die neue Staffelung der Anliegerbeiträge sieht eine Halbierung der bisherigen Höchstsätze vor, die Anliegerbeiträge liegen dann zwischen 10 und maximal 40 Prozent. Verpflichtende Bürgerbeteiligungen sorgen für Transparenz und schaffen konkrete Mitsprachemöglichkeit. Zudem werden ein Rechtsanspruch auf Ratenzahlung und eine Härtefallregelung vorgesehen.

... können zu Recht erwarten, dass sie in Härtefällen nicht alleine gelassen werden. Deshalb fordern wir ein Transparenzregister für anstehende Straßenbaumaßnahmen, eine stärkere Verankerung von Härtefallregelungen (Stundung, Tilgung, Ratenzahlungen) und die Einführung eines Höchstbetrags, um unzumutbare und die finanzielle Leistungsfähigkeit von Eigentümer*innen übersteigende Belastungen zu verhindern.

... protestieren zu Recht gegen eine für sie nicht nachvollziehbare Verfahrensweise. Ihnen wird ein „Sondervorteil“ durch den Ausbau suggeriert, der aber in der Regel nicht nachvollziehbar ist. Demgegenüber sind sie vielfach gezwungen, sich zu hohen Kosten fachrechtlich beraten zu lassen, um sich gegen ungerechtfertigte Bescheide zu wehren. Bürgerbeteiligung ist gerade hier absolute Pflicht!

Parlamentsnacht 2019

Am 27. September 2019 macht der Landtag Nordrhein-Westfalen wieder die Nacht zum Tag: Nach der erfolgreichen Premiere im vergangenen Jahr öffnet das Landesparlament für eine Nacht seine Pforten für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. In der „Parlamentsnacht 2019“ erwartet sie ein spannendes Programm aus politischer Information und Unterhaltung.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hatte die Parlamentsnächte im vergangenen Jahr anlässlich des Jubiläums „30 Jahre Landtag am Rhein“ ins Leben gerufen. Und der Auftakt war ein voller Erfolg: Mehr als 5.000 Besucherinnen und Besucher statteten am 28. und 29. September 2018 ihrem Landesparlament einen Besuch ab.

In diesem Jahr findet die „Parlamentsnacht“ am Freitag, 27. September 2019, statt. Von 17 bis 23 Uhr können Besucherinnen und Besucher auf Entdeckungstour durch das Parlamentsgebäude gehen. Geöffnet sind auch das Landtagsforum mit seiner 240-Grad-Panorama-Leinwand, der Raum der Stille und der Empfangsraum, in dem der Präsident normalerweise hochrangige Gäste begrüßt.

Und darauf können sich Besucherinnen und Besucher der „Parlamentsnacht“ am Rhein außerdem freuen:

- Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD werden sich mit eigenen umfangreichen Programmen beteiligen.
- Darüber hinaus finden in der Bürgerhalle Interviews mit dem Präsidenten des Landtags, André Kuper, und weiteren Mitgliedern des Präsidiums sowie mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen statt.
- Das in unmittelbarer Nachbarschaft des Landtags gelegene „Roncalli's Apollo Varieté“ gibt erstmals ein Gastspiel im Parlament: Es treten Künstlerinnen und Künstler des Varietés auf.
- Auch die Kunst im Landtag wird wieder zum großen Thema: Der Landtag zeigt seine Ausstellung zum Kunstwerk „Der Phönix“ von Ewald Mataré sowie ausgewählte Exponate des Kunsthause NRW Kornelimünster und aus der Artothek des Landtags.
- In der Bibliothek wird ein Poetry Slam zum Thema „Klimawandel“ geboten.

- Für die musikalische Unterhaltung sorgt die WDR Big Band, die um 19 und 21 Uhr im Plenarsaal auftritt. Es spielen zudem „The Roaches“, ein Ensemble mit geflüchteten Musikern, „Splash“, das Percussion-Ensemble des Landesmusikrats NRW, sowie das Jazz-Quartett des JugendJazzOrchesters NRW.
- Verschiedene Referate der Landtagsverwaltung stellen ihre Arbeit vor. Bei einer Landtagsrallye können Interessierte auf Entdeckungstour durch das Gebäude gehen.
- Für das leibliche Wohl ist natürlich gesorgt.

Bitte beachten Sie, dass nur begrenzt Parkplätze im Landtag und in umliegenden Parkhäusern zur Verfügung stehen. Es wird daher eine Anreise mit Öffentlichen Verkehrsmitteln empfohlen. Sie erreichen den Landtag von Düsseldorf Hauptbahnhof aus mit den Straßenbahnlinien 708 und 709 (Haltestelle Landtag/Kniebrücke). wib





Liebe Leserinnen und Leser,

die Parlamentsnächte anlässlich des Jubiläums „30 Jahre Landtag am Rhein“ im vergangenen September waren ein voller Erfolg: Mehr als 5.000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, ihr Landesparlament näher kennenzulernen, und feierten mit uns den runden Geburtstag des außergewöhnlichen Gebäudes am Düsseldorfer Rheinufer.

Mich freut dieser Erfolg ungemein. Denn Bürgernähe wird im Landtag großgeschrieben. Schon der Architekt, Prof. Fritz Eller (1927–2018), und seine Kollegen hatten diese im Fokus, als sie vor mehr als 30 Jahren den Landtagsneubau planten. Er steht mit seinen kreisrunden Formen und den großen Glasflächen wie kaum ein anderes Parlamentsgebäude für das demokratische Prinzip der Transparenz.

Der Landtag am Rhein war von Anfang an als „Haus der Bürgerinnen und Bürger“ geplant. Jedes Jahr besuchen rund 70.000 Menschen das Gebäude, verfolgen Plenardebatten, nehmen an den Besuchsprogrammen teil und informieren sich über die Funktionsweisen des Landesparlaments und die Arbeit seiner Abgeordneten.

Für Transparenz und Bürgernähe steht auch die Veranstaltungsreihe der Parlamentsnächte. Und so lade ich Sie ganz herzlich für Freitag, 27. September 2019, ein, zu uns zu kommen und mit uns von 17 bis 23 Uhr die diesjährige Parlamentsnacht zu feiern. Informieren Sie sich, lassen Sie sich unterhalten und kommen Sie mit uns ins Gespräch: Das Präsidium des Landtags, die Abgeordneten aller fünf Fraktionen und ich ganz persönlich – wir freuen uns auf Sie.

Herzlichst

Ihr André Kuper
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



André Kuper,
Präsident des Landtags

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Zwei Jahre NRW-Koalition – Unser Land ist vorangekommen!

Vor knapp zwei Jahren hat die NRW-Koalition ihre Arbeit aufgenommen. Seitdem ist Nordrhein-Westfalen bereits weit vorangekommen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner konnten wir seit 2017 viel umsetzen und auf den Weg bringen, was unter rot-grünem Stillstand gelitten hat. Dazu zählen die überfällige Reform des Kinderbildungsgesetzes und die Leitentscheidung zu G8/G9. CDU und FDP entfesseln von Beginn an den Wirtschaftsriesen NRW, gestalten ihn gründerfreundlicher und schaffen gute Voraussetzungen für den Strukturwandel in den Kohleregionen. Die für 2020 geplanten Klimaziele wurden dabei schon erreicht. Ein in Deutschland einzigartiges Sportstättenförderprogramm in Höhe von 300 Millionen Euro katapultiert unser Land als Sportland wieder an die Spitze. Wir sorgen für mehr Sicherheit mit mehr Polizisten auf der Straße, einer

besseren Ausstattung sowie dem neuen Polizeigesetz. Ein Polizeigesetz, das auch die Zustimmung der SPD fand. Mit der Einführung der Landarztquote stärken wir den ländlichen Raum. Es wird mehr und schneller in die Modernisierung der Verkehrswege investiert. Wohnungsbau geht heute schneller und einfacher als zuvor.



Bodo Löttgen, Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, bei der gemeinsamen Fraktionssitzung im Plenarsaal.

Ein Garant für die bisherigen Erfolge ist die zügige, kooperative und vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Landtagsfraktionen von CDU und FDP. Dadurch stand am 25.06.2019 ein weiterer Meilenstein an: eine gemeinsam durchgeführte Fraktionssitzung zum zweijährigen Bestehen der NRW-Koalition im Plenarsaal des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Die NRW-Koalition hat schon viel erreicht, es liegt aber auch noch viel vor uns. Und so werden wir auch weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen arbeiten und das Land weiter voranbringen.



#DuBistEsWert – für eine solidarische Gesellschaft, die zusammenhält

Zusammenhalt funktioniert oft im Stillen. Tag für Tag leben die Bürgerinnen und Bürger in NRW gegenseitige Akzeptanz, ohne groß darüber zu reden. Über das Einende sprechen wir leider sehr selten. Über das, was uns vermeintlich trennt, reden wir dagegen in letzter Zeit umso häufiger.

Die SPD-Fraktion hat mit einer Themenwoche #DuBistEsWert bewusst einen Kontrapunkt gesetzt. „Es geht uns darum, unsere Anerkennung für all diejenigen zum Ausdruck zu bringen, die täglich dafür sorgen, dass ein Rädchen ins andere greift“, sagt dazu Josef Neumann, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag NRW. „Dazu zählen auch die knapp 4.000 Menschen in unserem Land, die sich mit



ihrer ganzen Kraft in den Alltag zurückkämpfen und ihre Chancen auf dem sozialen Arbeitsmarkt suchen.“ Im Rahmen der Themenwoche hat

die SPD-Fraktion daher auch einen Plenarantrag eingebracht, mit dem sie die Landesregierung auffordert, alles dafür zu tun, dass so viele langzeitarbeitslose Menschen wie möglich die Chance auf ein Beschäftigungsverhältnis erhalten.

Anerkennung haben auch die rund 10 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdient, die mit ihrer Arbeit das Leben in NRW täglich am Laufen halten. „Vor allem aber brauchen Beschäftigte, Familien, Rentnerinnen und Rentner mehr Geld in ihren Taschen. Auch das ist eine Frage des Respekts“, so Neumann weiter. Mit einem entsprechenden

Plenarantrag hat die SPD-Fraktion daher die Landesregierung zusätzlich dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Einführung einer staatlich garantierten Grundrente einzusetzen, die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und -zahler zu unterstützen, eine vollständige Abschaffung der Elternbeiträge bei Kitas anzustreben und den Ausbau sowie die Finanzierung der Ganztagsbetreuung sicherzustellen.

Josef Neumann: „Die scheinbar Unscheinbaren, die Bescheidenen, die Ruhestifter, die Problemlöser, all die Menschen, die sich gegenseitig die Rücken freihalten – sie haben mehr Wertschätzung verdient.“



Sommerfest der FDP-Landtagsfraktion

Mit rund 700 Gästen feierte die FDP-Fraktion ihr Sommerfest im Landtag, darunter zahlreiche Vertreter von Verbänden aus allen gesellschaftlichen Bereichen. „Ich freue mich, dass so viele Gäste unserer Einladung gefolgt sind. Denn Politik lebt vom direkten Austausch“, betonte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Christof Rasche. Das Sommerfest stand unter dem Motto „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“ und war zugleich Auftakt der gleichnamigen Initiative der FDP-Landtagsfraktion. „Wir setzen uns für optimale Rahmenbedingungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe, ein hohes Maß an Umwelt- und Artenschutz, Vielfalt auf dem Acker und auf dem Teller sowie Transparenz



für mündige Verbraucherinnen und Verbraucher ein“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer Henning Höne. Als Gastredner erläuterte Dr. Reinhard Pauw, Hauptgeschäftsführer des Rheinischen Landwirtschaftsverbands, dass die Landwirte in Nordrhein-Westfalen nachhaltig produzieren wollen. „Sie sind offen für einen Wandel und neue Methoden, um gleichzeitig etwas für Ökologie und Ökonomie zu tun“, sagte Pauw.

In einem Themenforum debattierten Dr. Reinhard Pauw, Prof. Dr. Karin Schnitker von der Hochschule Osnabrück und der Vorsitzende des Fachzentrums Landwirtschaft der DLG e.V., Philipp Schulze Esking, sowie Markus Diekhoff, Sprecher für Landwirtschaft der

FDP-Landtagsfraktion, über Potentiale von Digitalisierung, Innovationen und Gründungen in der Landwirtschaft. Matthias Schulze Steinmann, Chefredakteur des Wochenblatts für Landwirtschaft und Landleben, moderierte den Austausch.

Zu Gast in der nordrhein-westfälischen Heimat war auch der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Christian Lindner. Zum zweijährigen Jubiläum der NRW-Koalition sagte er: „Die NRW-Koalition ist Benchmark für alle im Land. Auf sie sind wir Freien Demokraten überall in Deutschland stolz.“



Eilantrag gegen rechten Hass und Hetze



Der grausame Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke erschüttert unsere demokratische Gesellschaft. Seit einigen Jahren schon bewegen sich die von der Polizei verzeichneten politisch rechts motivierten Gewalttaten auf einem hohen Niveau. Aktuell findet eine weitere Radikalisierung in der ohnehin schon sehr gewaltbereiten rechtsextremen Szene statt.

Die Grüne Landtagsfraktion hat deshalb mit ihrem Eilantrag ein deutliches Zeichen für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft und gegen rechten Hass und Hetze gesetzt. Wir freuen uns über die Zustimmung von CDU, SPD und FDP zu unserem Antrag. Der Landtag fordert eine verstärkte Sensibilität der Sicherheitsbehörden in Bezug auf Drohungen gegen Politiker*innen sowie allen

anderen Personengruppen, die von Rechtsextremen bedroht werden, und spricht sich eindeutig und unmissverständlich gegen Rassismus, Antisemitismus und jede weitere Form von Menschenfeindlichkeit aus. Außerdem bekräftigt der Landtag seinen Beschluss vom 23. Januar 2019, der eine weitere Stärkung der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie die Umsetzung der gemeinsamen Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses fordert.



NRW-Jugendlandtag: AfD-Abgeordnete für 3 Tage

Zu den wichtigen politischen Anliegen der AfD gehören stärkere Bürgerbeteiligung und ein intensiver Dialog, besonders auch mit Andersdenkenden und dem politischen Gegner. Wenn man sich nun noch vor Augen führt, dass der Begriff „Parlament“ etymologisch vom französischen parler, „reden“, stammt, ist es naheliegend, dass auch unsere Jungpolitiker das Angebot des Jugendlandtages, für ein paar Tage in die Rolle eines Landtagsabgeordneten zu schlüpfen, gerne in Anspruch nahmen und von der echten Fraktion nach Kräften unterstützt wurden.

Vom 04.-06.07. konnten die Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren nicht nur allgemein Einblicke in den parlamentarischen Ablauf bekommen, sondern ganz konkret über zwei (fiktive) Anträge beraten und letztlich entscheiden.

Die Themen waren „Impfpflicht für Kinder vor Besuch der Kita“ und „Verbesserung der ÖPNV-Infrastruktur“. Darüber durften sich die Nachwuchstalente aller vertretenen Fraktionen im Landtag austauschen und ihre jeweiligen Sichtweisen darlegen. Dass Politik immer ein Ringen um die besten Argumente ist, dass man Kompromisse und Zugeständnisse machen muss und am Ende eben nur Mehrheiten entscheiden, erlebten die jungen Leute hautnah und mit allen Konsequenzen. Am Rande sei bemerkt, dass der Umgang der Jungpolitiker untereinander in mancher Hinsicht beispielgebend war für die



normalerweise im Landtag debattierenden Akteure.

Die AfD-Fraktion begleitete dieses Wirken mit Freude und Stolz. Daher war es unserem Vorsitzenden Markus Wagner auch ein besonderes Anliegen, die Jugend-Fraktionssitzung persönlich zu eröffnen und gleich ein paar hilfreiche Hinweise zu geben. Die Jungabgeordneten selbst haben diese drei Tage in ihrem Willen, weiterhin politisch tätig zu bleiben, ermutigt und bestärkt. Ein gutes Zeichen für unsere politische Zukunft!





AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Nächtliche Landungen

5.6.2019 – Am Flughafen Düsseldorf werden die Gebühren für Landungen außerhalb der regulären Betriebszeiten nicht erhöht. Dies hat der Verkehrsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD beschlossen. Der Ausschuss hat damit mehrheitlich einen Antrag der Grünen-Fraktion („Nächtliche Lärmbelastungen durch Verspätungen am Flughafen Düsseldorf wirksam reduzieren“, [17/4105](#)) abgelehnt. SPD und Grüne hatten für den Antrag gestimmt. In Düsseldorf dürften Flugzeuge, von Ausnahmen abgesehen, zwischen 23 und 6 Uhr weder landen noch starten, hieß es in dem Antrag. Die Ausnahmeregeln würden jedoch immer häufiger in Anspruch genommen – im Jahr 2017 seien es 2.032 Fälle gewesen. Andere Bundesländer gingen entschieden gegen die Verletzung der Nachtruhe an Flughäfen vor, so die Grünen.

Staatenlose und Clankriminalität

5.6.2019 – Integrationsminister **Joachim Stamp** (FDP) hat sich dafür ausgesprochen, neben polizeilichen auch integrationspolitische Maßnahmen gegen Clankriminalität einzusetzen. Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte hätten dazu beigetragen, dass sich verstärkt Jugendliche und junge Erwachsene, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt sei, kriminellen Clanstrukturen zugewandt hätten, sagte der Minister während einer Sitzung des Integrationsausschusses. Zu staatenlosen Personen zählten auch arabische Kurden, deren Eltern während des Libanesischen Bürgerkriegs (1975–1990) nach Deutschland geflohen und die hier geboren seien. Aufgrund des oft unsicheren Aufenthaltsstatus bestehe eine erhöhte Gefahr, kriminell zu werden. Wer jedoch strafrei bleibe und Integrationswillen zeige, solle eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland erhalten, sagte Stamp. Als beispielhaft hob er ein Projekt der Stadt Essen hervor, bei dem Jugendliche und junge Erwachsene mit

ungeklärter Staatsangehörigkeit begleitet und unterstützt werden. Laut einem Bericht des Integrationsministeriums ([17/2128](#)) haben bislang 53 geduldete Personen im Rahmen des Essener Modells eine Aufenthaltserlaubnis erhalten – auf Basis eines aktuellen Erlasses des Integrationsministeriums. **Ibrahim Yetim** (SPD) bemerkte, integrationspolitische Maßnahmen könnten dafür sorgen, dass sich Jugendliche von Clanfamilien abwenden. **Berivan Aymaz** (Grüne) lobte den Erlass des NRW-Integrationsministeriums. Dieser werde allerdings durch das von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) eingebrachte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ konterkariert, das u. a. einen eigenen Status für „Personen mit ungeklärter Identität“ vorsieht. **Gabriele Walger-Demolsky** (AfD) betonte, dass die Schulpflicht bei Kindern und Jugendlichen aus entsprechenden Milieus durchgesetzt werden müsse, um Kriminalität vorzubeugen. **Björn Franken** (CDU) kritisierte, dass kriminelle Clanstrukturen vor allem aus Versäumnissen der Vorgängerregierungen resultierten.

Film-Nachwuchs

6.6.2019 – Der Ausschuss für Kultur und Medien hat sich mit der Ausbildung des Film-Nachwuchses beschäftigt. Zu Gast war die Geschäftsführung der Internationalen Filmschule (ifs) Köln, Simone Stewens und Rainer Weiland. Nach Angaben der beiden Gäste wurde die ifs vor rund 20 Jahren gegründet, weil gut ausgebildete Fachkräfte für den Film in NRW fehlten. Heute sei sie eine von bundesweit sieben bedeutenden Filmschulen. In den Bachelorstudiengängen werden demnach u. a. die Fachschwerpunkte Drehbuch, Regie und Kamera angeboten. Bis heute gebe es zudem einen Weiterbildungszweig. Ziel sei es, die Studierenden zu beruflichen Spezialistinnen und Spezialisten auszubilden und sie zugleich zur Zusammenarbeit in Teams anzuleiten. Die ifs wird zu 80 Prozent vom Land finanziert. Als kritisch beurteilte die Geschäftsführung, dass die Filmschule als

einzige in Deutschland Studiengebühren verlange. Dies sei ein Wettbewerbsnachteil. **Oliver Keymis** (Grüne) würdigte die Arbeit der ifs. Zum Thema Studiengebühren merkte er an, dass dies ein Thema insbesondere für den Wissenschaftsausschuss sei. In der Diskussion mit den Abgeordneten ging es zudem um den derzeitigen Fachkräftemangel in der Filmbranche. So wollten **Lorenz Deutsch** (FDP) und **Alexander Vogt** (SPD) wissen, ob sich die ifs auch Ausbildungsgänge vorstellen könne. **Andrea Stullich** (CDU) fragte, wie die ifs Absolventinnen und Absolventen helfe, die zunächst nicht im Berufsleben Fuß fassen könnten.

Gewalt gegen Frauen

6.6.2019 – Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat sich mit der Umsetzung des Landesaktionsplans (LAP) „Nordrhein-Westfalen schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt“ befasst. Der Plan war nach einem Beschluss der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP im September 2016 veröffentlicht worden. Er beinhalte mehr als hundert Maßnahmen, um u. a. gegen häusliche Gewalt und Zwangsheiraten vorzugehen und mehr Schutz- und Unterstützungsangebote für Frauen einzurichten, heißt es in einem Bericht der Landesregierung ([17/2130](#)). Es gebe mittlerweile eine Auswertung zum Umsetzungsstand aller Maßnahmen. Hervorzuheben sei u. a. eine Zielvereinbarung, um die Zukunft von Frauenhäusern zu sichern. Auch eine Landeskoordinierungsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Männer sei eingerichtet worden. **Eva Lux** (SPD) kritisierte, der Bericht weise erhebliche Lücken auf und sei auf die Umsetzung von wenigen Maßnahmen reduziert. **Susanne Schneider** (FDP) dankte für einen „umfangreichen“ Bericht, aus dem die Schwerpunkte der Landesregierung hervorgingen. **Josefine Paul** (Grüne) mahnte an, dass der LAP weiterentwickelt werden müsse und dringender Handlungsbedarf für eine auskömmliche Finanzierung von Frauenhäusern bestehe.

Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche

Umfangreiche Anhörung zum Thema Missbrauch

24. Juni 2019 – Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch stand im Mittelpunkt einer umfangreichen Sachverständigenanhörung, zu der fünf Fachausschüsse Vertreterinnen und Vertreter von fast 40 Verbänden und staatlichen Stellen eingeladen hatten. Dem Gespräch lag ein fraktionsübergreifender Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen zugrunde.

Der Antrag der Fraktionen (17/5066) trägt den Titel „Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch“. Die Fraktionen betonen, dass schwere Missbrauchsfälle wie die auf einem Campingplatz in Lügde die Notwendigkeit zeigten, „Strukturen auf den Prüfstand zu stellen und sowohl gründlich als auch so schnell wie möglich Maßnahmen für einen besseren Kinderschutz zu entwickeln. Gleichzeitig muss die Betreuung und Versorgung der Opfer höchste Priorität haben“.

Die Landesregierung solle daher „die bestehenden Maßnahmen im Kampf gegen Kindesmissbrauch in der Prävention, der Verfolgung, der Nachsorge und der Bestrafung gemeinsam mit Expertinnen und Experten u. a. aus Kinderschutz, Wissenschaft und Kommunen kritisch auf ihre Wirksamkeit“ hin überprüfen.

Die „Deutsche Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung“ forderte u. a. eine stärkere Qualifizierung der im Kinderschutz zuständigen Fachkräfte. Das Personal bei Jugendämtern sowie freien Trägern der Jugendhilfe, aber auch Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte müssten unter Einbindung von Rechtsmedizinerinnen und -mediziner in der Erstbewertung von Spuren am Körper von Kindern und der Einleitung von Sofortmaßnahmen geschult werden. Bei jeder Polizeidienststelle solle eine Beamtin oder ein Beamter zur Kinderschutzfachkraft ausgebildet werden.

„Junge Menschen stärken“

Der Landesjugendring NRW, die Arbeitsgemeinschaft der 25 auf Landesebene anerkannten Jugendverbände, betonte, Kinderschutz beginne damit, „junge Menschen darin zu stärken, ihre eigenen Interessen, aber auch ihre Grenzen zu erkennen und klar benennen zu können“. Er sprach sich u. a. dafür aus, dass betroffene Kinder und Jugendliche Informations- und Hilfeangebote niederschwellig wahrnehmen könnten.

Die bei den beiden Landschaftsverbänden angesiedelten Landesjugendämter Rheinland und Westfalen als überörtliche Träger der Jugendhilfe verwiesen auf den steigenden Personalbedarf und einen Fachkräftemangel bei den Jugendämtern. „Vordringlichstes Ziel aus Sicht der Landesjugendämter muss es deshalb sein,

die Jugendämter in ihren Bemühungen zur Personalgewinnung und -bindung zu unterstützen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, dies auf allen denkbaren Ebenen“.

Die Landesjugendämter sprachen sich zugleich gegen die Festlegung einer einheitlichen Fallzahl als Grundlage für die Personalbemessung aus. Dies sei aufgrund der Heterogenität der Jugendämter in Größe, Aufgaben und Organisation kaum möglich.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen warnten vor „politischem Aktionismus“ und sprachen sich ebenfalls gegen die Festlegung von Fallzahlen aus. In einer gemeinsamen Stellungnahme der drei nordrhein-westfälischen Spitzenverbände (Städtetag, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund) heißt es: „Eine Diskussion hinsichtlich der Größe der Jugendämter zum jetzigen Zeitpunkt wäre zu früh, genau wie eine Diskussion, die sich ausschließlich um die Festlegung von Fallzahlen dreht. Denn die bekannten Missbrauchsfälle hatten keinen Bezug zur Größe des Jugendamtes, noch hat sich hier eine Verbindung zu den Fallzahlen gezeigt.“

Aus Sicht der Kommunen sei entscheidend, dass die Jugendämter mehr als bislang beim Thema sexueller Missbrauch sensibilisiert werden und mit Unterstützung des Landes gegebenenfalls notwendige Maßnahmen auf den Weg brächten. „Hier sind insbesondere die bessere Vernetzung vor Ort und die Realisierung von zusätzlichen Anlaufstellen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen Ansatzpunkte für eine sinnvolle Weiterentwicklung des Kinderschutzes.“

Der Betroffenenrat beim Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs der Bundesregierung forderte Länder und Kommunen dagegen auf, den Personalbedarf der Jugendämter bereitzustellen und zu prüfen, ob die Zahl der zu bearbeitenden Fälle nicht begrenzt werden sollte. Der Betroffenenrat betonte, von den Ländern müsse insgesamt deutlich mehr für die Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche unternommen werden, um Prävention, Intervention und Hilfen für Opfer „spürbar zu verbessern“. Er sprach sich u. a. dafür aus, in jedem Bundesland das Amt einer/eines Missbrauchsbeauftragten einzurichten.

wib



Zu der Anhörung hatten folgende Fachausschüsse eingeladen:

- der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend
- der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen
- der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
- der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie
- der Innenausschuss.

Alle eingereichten Stellungnahmen finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Symbolbild: Schälte

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung | [17/6726](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 10. Juli 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes | [17/5977](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 10. Juli 2019 | angenommen

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2019/2020/2021 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [17/6681](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 10. Juli 2019 | 2. Lesung am 11. Juli 2019 | angenommen

Zweites Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/5976](#) und [17/6794](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 10. Juli 2019 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Präimplantationsdiagnostikgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/6682](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 10. Juli 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes | [17/4668](#) und [17/6797](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Juli 2019 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer | [17/6758](#) | AfD | 1. Lesung am 11. Juli 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/5979](#) (Neudruck) | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Juli 2019 | angenommen

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte) | [17/3801](#) | AfD | 2. Lesung am 11. Juli 2019 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer und zur Änderung weiterer Gesetze | [17/5198](#) und [17/6474](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Juli 2019 | angenommen

Gesetz zur Verlängerung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/5618](#) | SPD | zurückgenommen

Gesetz zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/5638](#) und [17/6606](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 26. Juni 2019 | angenommen

Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie | [17/6586](#) | AfD | 1. Lesung am 26. Juni 2019 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Regelung des Belastungsausgleichs zum Gesetz zur Neuordnung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G 9 – BAG-G 9) | [17/4832](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. Juni 2019 | angenommen

Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/5344](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. Juni 2019 | angenommen

Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Fixierungen im Justiz- und Maßregelvollzug und bei öffentlich-rechtlichen Unterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/5011](#) und [17/6609](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. Juni 2019 | angenommen

Gesetz zur Anpassung der Abgabefreiheit bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser | [17/5345](#) und [17/6610](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. Juni 2019 | angenommen

Gesetz zur Neuordnung des Statistikrechts für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/5197](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. Juni 2019 | angenommen

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen | [17/6538](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 26. Juni 2019 | Überweisung an den Hauptausschuss

Fünftes Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/6539](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 26. Juni 2019 | 2. Lesung am 11. Juli 2019 | angenommen

Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen | [17/6611](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 26. Juni 2019 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrerbesoldungsgleichstellungsgesetz) | [17/3812](#) | SPD | 2. Lesung am 27. Juni 2019 | abgelehnt

Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes | [17/5978](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Bearbeitung

Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW) | [17/6147](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte | [17/6267](#) | AfD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes | [17/5587](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der kulturellen Funktion der öffentlichen Bibliotheken und ihrer Öffnung am Sonntag (Bibliotheksstärkungsgesetz) | [17/5637](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsänderung – Wahlalter auf 16 Jahre absenken) | [17/5619](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe | [17/5620](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK | [17/4800](#) | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016 | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

„Mut und Beweglichkeit“

Parlamentsgespräch zu 70 Jahren Grundgesetz

28. Mai 2019 – Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes gelang vor 70 Jahren der demokratische Neuanfang in Deutschland – nach zwei verheerenden Weltkriegen, dem Scheitern der Weimarer Republik und zwölf Jahren Nazi-Diktatur. Aber in welcher Verfassung ist die deutsche Demokratie heute, sieben Jahrzehnte später? Dazu äußerte sich der frühere Bundespräsident Christian Wulff auf Einladung von Landtagspräsident André Kuper.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), mit seinen Gästen (v. r.): dem früheren Bundespräsidenten Christian Wulff, Moderatorin Anne Gesthuysen und dem Journalisten Stephan Detjen. Fotos: Kitschenberg

Das mittlerweile sechste Parlamentsgespräch trug den Titel „70 Jahre Grundgesetz – In welcher Verfassung ist unsere Demokratie?“. Die erste Bilanz des früheren Bundespräsidenten war positiv. In seinem Vortrag bescheinigte er der deutschen Demokratie eine gute Verfassung. Es gebe stabile Institutionen, eine freie Presse und junge Menschen, die auf die Straße gingen, um für ihre Zukunft zu demonstrieren. Auch die wirtschaftliche Lage sei gut. Und dennoch – so schränkte Wulff ein – herrsche oftmals schlechte Stimmung.

Auch Präsident Kuper warnte vor übertriebenem Pessimismus. Es drohten keine „Weimarer Verhältnisse“. Und dennoch habe Weimar die „Brüchigkeit der Demokratie“ verdeutlicht. Der Präsident betonte: „Die aktuellen Feierlichkeiten zu 70 Jahren Grundgesetz führen bei vielen Menschen dazu, die innere Verbindung mit der Verfassung zu festigen.“

Uns allen wird noch einmal bewusst, welch großes Geschenk das Grundgesetz für Deutschland ist. Wie aber kann dieses Bewusstsein gesteigert und verstetigt werden – nicht nur zu Jubiläen?“

„Kultur der Erinnerung“

Wulff benannte fünf Entwicklungen, die ihm mit Blick auf die Zukunft der demokratischen Verfassung Sorge bereiteten, und formulierte daraus Thesen. Deutschland brauche Demokratinnen und Demokraten, betonte das frühere Staatsoberhaupt. Hier stimme ihn die hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl Ende Mai zuversichtlich. Deutschland brauche eine Kultur der Erinnerung, dass die Bundesrepublik auf der Forderung nach „Nie wieder Krieg“ und

„Nie wieder Nationalismus“ aufgebaut sei. Und Deutschland benötige eine nationale Identität auf der Grundlage des Grundgesetzes – als ein weltoffenes demokratisches Land.

Angesichts der großen Herausforderungen der Zeit wie Klimawandel, Globalisierung und Digitalisierung forderte Wulff zudem politische Akteure „mit Mut und Beweglichkeit“, um Konzepte für die Zukunft zu schaffen. Er verwies darauf, dass auch die Mitglieder des Parlamentarischen Rats, die das Grundgesetz schufen, „Avantgarde“ gewesen seien.

Dem Vortrag schloss sich eine von Anne Gesthuysen moderierte Diskussion zwischen Wulff und dem Hauptstadt-Korrespondenten des Deutschlandradios, Stephan Detjen, an. Themen waren u.a. die Krisenfestigkeit der deutschen Demokratie, mögliche Änderungen des Grundgesetzes und die Herausforderungen durch die Sozialen Medien. Detjen betonte, dass Deutschland derzeit in einer sehr guten Verfassung sei. Allerdings erodierten in anderen Ländern wie Polen oder Ungarn die Demokratien. Deshalb müssten mit Änderungen am Grundgesetz Konsequenzen gezogen werden, um solchen Entwicklungen hierzulande vorzubeugen.

Der frühere Bundespräsident Wulff nannte die Entwicklungen in anderen Ländern, auch in der Türkei oder Bulgarien, „beunruhigend“. Vor Diskussionen über Änderungen am Grundgesetz müsse es aber erst einmal um die „Bejahung der Demokratie“ gehen – nur mit überzeugten Demokratinnen und Demokraten sei die Demokratie zu sichern. wib

Der Präsident des Landtags, André Kuper, lädt seit April 2018 regelmäßig zu Parlamentsgesprächen ein. Das Gespräch zum Grundgesetz-Jubiläum war das sechste in dieser Reihe. Weitere Themen waren u.a. „Medien und Demokratie“, „Wohin steuert Europa?“ und „Gibt es einen neuen deutschen Antisemitismus?“. Die Gespräche sind öffentlich, der Eintritt ist frei. Weitere Informationen finden Interessierte unter www.landtag.nrw.de/Aktuelles_&Presse/Parlamentsgesprach.



Zum Schluss ein „Hammelsprung“

Engagierte Debatten beim 10. Jugend-Landtag

4.-6. Juli 2019 – Drei Tage lang war der Landtag fest in der Hand des politischen Nachwuchses. 199 Jugendliche aus ganz Nordrhein-Westfalen nahmen beim 10. Jugend-Landtag die Plätze der „echten“ Abgeordneten ein. Demokratie verstehen, Politik lernen, Entscheidungen mitgestalten – darum ging es. Höhepunkt war die Plenarsitzung am Samstag.



Während der Plenarsitzung war ein „Hammelsprung“ erforderlich (Bild links). Mittleres Bild: Landtagspräsident André Kuper (M.) begrüßte mit den Vizepräsidenten Angela Freimuth und Oliver Keymis die Jugendlichen. Vizepräsidentin Carina Gödecke bei der Amtseinweisung des Jugend-Landtags-Präsidiums (Bild rechts).

Und die endete versöhnlich. Trotz zum Teil hitziger Debatten wollte man nicht im Streit auseinandergehen. Deshalb durften alle fünf Jugend-Landtagsfraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD nach Abschluss der offiziellen Tagesordnung noch einmal kurz auf die drei Tage zurückblicken. Der Antrag dazu kam von den Jugendlichen selbst. Die jungen Leute berichteten von einem „produktiven Jugend-Landtag“, von „drei tollen Tagen“. Selbstkritisch reflektierten sie den Umgang miteinander. Obwohl sie „teilweise politische Welten getrennt“ hätten, seien sie aber doch, von „Kleinigkeiten“ abgesehen, „gut miteinander ausgekommen“.

Vizepräsidentin Carina Gödecke sprach in ihrem Schlusswort von einem „überaus bemerkenswerten Jugend-Landtag“, dessen wichtigste Botschaft in den letzten zehn Minuten deutlich geworden sei: „Die Selbstregulierungskräfte des Jugend-Landtags haben funktioniert.“

Zuvor hatten die Jugendlichen u. a. in einer Aktuellen Stunde das Thema „Sicherer Hafen NRW“ diskutiert. Es sei ein Gebot der Menschlichkeit, Flüchtlinge auf dem Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten, sagten die einen. Andere wiesen darauf hin, dass das Land Nordrhein-Westfalen nicht zuständig und der Antrag deshalb „Populismus“ sei. Wieder andere lobten das „konsequente Verhalten“ der italienischen Justiz, die Schiffe mit Geflüchteten nicht in ihre Häfen einlaufen zu lassen.

In einem Eilantrag ging es dann um das „Demonstrationsrecht während der Schulzeit“. Hintergrund waren die „Fridays for Future“-Aktionen. Im Antrag wurde gefordert, dass Schülerinnen und Schüler „bis zu 12 Mal“ während der Unterrichtszeit an politischen Demonstrationen teilnehmen dürfen, ohne dass dafür unentschuldigte Fehlstunden anfallen. Der Antrag fand keine Mehrheit. Anders sah es bei der „Einführung

einer allgemeinen Impfpflicht als Voraussetzung für einen Kita-Platz“ aus – die Mehrheit stimmte für den Antrag in geänderter Fassung. Auch der offiziell letzte Tagesordnungspunkt „ÖPNV attraktiver machen“ fand in geänderter Fassung eine Mehrheit. Drei Änderungsanträge wurden zuvor abgelehnt – einer mittels „Hammelsprung“, weil das Abstimmungsergebnis nicht eindeutig war. Beim „Hammelsprung“ verlassen alle Abgeordneten den Plenarsaal und betreten ihn erneut durch eine der drei Eingangstüren mit den Aufschriften „Ja“, „Enthaltung“ oder „Nein“. Dabei werden sie gezählt.

„Bereitschaft zum Kompromiss“

Auch an den Tagen zuvor hatten die Jugendlichen ein umfangreiches Programm absolviert. Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, hatte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Freitag, 4. Juli 2019, gemeinsam mit Vizepräsidentin Angela Freimuth und Vizepräsident Oliver Keymis im Plenarsaal des Landtags begrüßt. „Jugendliche nehmen Politik wieder stärker wahr, das ist mein Eindruck nicht erst seit den ‚Fridays for future‘-Demonstrationen. Demokratie funktioniert nur, wenn sich alle einmischen und alle in unserer Gesellschaft über unsere gemeinsame Zukunft mitreden“, sagte Kuper. Dazu gehöre, die eigene Meinung zu vertreten, einander zuzuhören und am Ende auch kompromissbereit zu sein. „Die Bereitschaft zum Kompromiss unterscheidet unsere Demokratie von allen anderen Staatsformen“, sagte der Präsident.

Fraktionssitzungen standen später auf dem Programm der jungen „Abgeordneten“, Sachverständigenanhörungen, Informationen über die Arbeitsweise des Landesparlaments. Aber auch ein Parlamentarischer Abend mit Gesprächen und Unterhaltung, an dem „echte“ Abgeordnete des Landtags teilnahmen, gehörte zum 10. Jugend-Landtag.

red

Präsidium und Fraktionsspitzen

Präsident des 10. Jugend-Landtags war der 17-jährige Lukas Krause aus Schloß Holte-Stukenbrock im Kreis Gütersloh. Zur Seite standen ihm die Vizepräsidenten Vince Schlömann (18), Tassilo von und zur Mühlen (17) und Donjeta Sinani (17). Als Fraktionsspitzen wurden gewählt: bei der CDU Diana Asani (18) und Lisa Kuhs (17), bei der SPD Sercan Karaagac (17) und Milena Neumes (16), bei den Grünen Elif Bayat (19) und Felix Aufderheide (19), bei der FDP Felicity Steglich (20) und Konstantin Kugler (18), bei der AfD Laura Scheer (18) und Dominik Viertmann (18).

Fotos: Schälte



Porträt: Dr. Martin Vincentz (AfD)



Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Dr. Martin Vincentz (AfD). Der 33-jährige Arzt gehörte früher zu den 32 besten Degenfechtern Deutschlands.

Als Arzt ist Dr. Martin Vincentz (33) filigranes Arbeiten gewöhnt. In seiner Freizeit kann er aber auch mit dem groben Degen umgehen. Vincentz entdeckte als Kind seine Leidenschaft fürs Fechten, war als Jugendlicher auf internationalen Turnieren vertreten und gehörte einmal als Erwachsener zu den 32 besten Degenfechtern Deutschlands. „Viele verbinden die AfD mit einem scharfen Schwert. Ich aber gelte, auch innerparteilich, eher als einer, der das feine Florett beherrscht“, sagt Vincentz.

Inzwischen hat er den Degen auf der Planche an den Nagel gehängt. Dafür hat er es jetzt politisch mehr mit dem Florett zu tun. Denn die Politik ist nun das alles bestimmende Thema im Leben des Allgemeinmediziners.

Durch Auftritte von Bernd Lucke in TV-Talkshows wurde Vincentz auf die AfD aufmerksam. „Ich hatte bis dahin nur mal Kontakt zur Jungen Union“, sagt er. „Aber das Klima dort gefiel mir nicht zu 100 Prozent. Das war mir alles zu glatt, häufig stand wohl mehr der Karrieregedanke im Vordergrund als das ernsthafte Auseinandersetzen mit politischen Themen.“ Vincentz suchte im heimischen Krefeld Kontakt zur AfD, trat 2014 in den Ortsverband ein. Der 33-Jährige fand Gefallen an der Partei, wurde schnell stellvertretender Ortsvorsitzender, landete dann auf der Landesliste zur Landtagswahl 2017. Zunächst stand er auf Platz 16. Als am Wahlwochenende der Parteikollege auf Listenplatz 12 überraschend zurückzog, wurde Vincentz gefragt, ob er den Platz einnehmen will. Er sagte zu – und landete im Landtag.

„Als Mediziner war ich ja 70-Stunden-Wochen gewöhnt“, sagt er. „Und wenn man es als Landtagsabgeordneter wirklich ernst meint, nimmt diese Arbeit ähnlich viel Zeit in Anspruch.“ Aber das stört ihn nicht. „Wenn ich

etwas mache, dann mache ich es auch richtig“, so Vincentz. So, wie er es mit seinem Plan, der AfD beizutreten, gemacht hat. Die intensiven Gespräche vor seinem Eintritt in die AfD führte Vincentz mit seiner Frau. Die gebürtige Französin unterstützte ihren Mann von Anfang an und begleitete ihn auch zu Veranstaltungen. „Sie hat sich dabei intensiv mit den Inhalten auseinandergesetzt und ist inzwischen ebenfalls Mitglied geworden“, so Vincentz. Da seine Frau auch Ärztin ist, steht die Gesundheitspolitik natürlich im Zentrum der Diskussionen zu Hause.

In seinem privaten Umfeld stieß Vincentz nicht auf uneingeschränktes Verständnis. „Es gab verschiedene Reaktionen auf meinen Beitritt in die Partei. Ein Drittel, das waren aber eher entfernte Bekannte, haben den Kontakt zu mir einfach abgebrochen; ich hatte nicht einmal Gelegenheit, meine Motive zu erklären“, erinnert er sich. „Das zweite Drittel kam auf mich zu und fragte mich skeptisch, wieso ich das mache. Und das letzte Drittel waren Freunde, die mich verstanden und bestärkt haben.“

„Streit- und Debattenkultur“

Auf seine Mitgliedschaft in der Partei wird Martin Vincentz heute noch häufig angesprochen. Aber er setzt sich gerne mit den Fragen der Menschen auseinander, sucht den Diskurs. Vincentz: „Ich mag es, verschiedene Ansichten zu debattieren. Das ist etwas, was in der Gesellschaft derzeit verloren geht, eine vernünftige Streit- und Debattenkultur.“ Mit seiner Partei und ihrer Ausrichtung setzt sich der gebürtige Krefelder selbst ständig auseinander. „Mir macht der rechte Rand der Partei schon Sorgen“, so Vincentz. „Ich sehe diese Strömung als ernsthafte Gefahr für die Partei und versuche, auf Leute einzuwirken, die mit rechten Äußerungen aus der Reihe fallen. Denn das ist nicht das, was ich mir unter der AfD vorstelle.“

Auch Anfeindungen hat Vincentz schon persönlich erfahren. „Einmal wurde mein Auto zerkratzt. Und auf dem Weg zu einem Parteitag wurde ich von Gegendemonstranten, die noch nie vorher ein Wort mit mir gewechselt haben, als Holocaust-Leugner beschimpft“, sagt er. „Aber körperliche Angriffe sind mir glücklicherweise bisher erspart geblieben, ich habe auch noch keine Morddrohungen erhalten. Die

Anfeindungen sind eher verbal, wirken aber oft unversöhnlich.“

Im Landtag merkt Vincentz, dass sich der Umgang der anderen Fraktionen mit den AfD-Abgeordneten verbessere. „Anfangs haben wir schon Vorbehalte gegen uns wahrgenommen. Wir wurden zum Teil nicht mal begrüßt. Das normalisiert sich aber zusehends“, sagt er – und greift zum Florett: „Wir können weiter unseren Teil dazu beitragen, denn wir haben in der aktuellen Stimmungslage ja auch noch eine Menge Hausaufgaben zu erledigen.“

Jörg Löbker

Zur Person

Dr. Martin Vincentz stammt aus Tönisvorst und hat Humanmedizin in Köln studiert. Er ist stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Krefeld, Leiter des Landesfachausschusses Gesundheit und seit 2016 gesundheitspolitischer Sprecher des AfD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Der 33-Jährige ist seit 1. Juni 2017 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Nur eines zu nennen, fällt schwer. Milan Kunderas „Die Unsterblichkeit“ fällt mir jetzt spontan ein. Weil er es wieder schafft, die ganze unerträgliche Leichtigkeit des Seins mit einer einzigen Geste zu beschreiben.

Welche Musik hören Sie gerne?

Meine musikalischen Vorlieben sind eigentlich breit gefächert, nennen würde ich am ehesten 70er-Jahre Rock; manches war früher eben doch einfach besser!

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

In tiefster Dunkelheit ein Licht ... Und Senf. Nicht, weil ich Senf so mag, aber er hält sich eben lange; eine löbliche Eigenschaft!

Ihr liebstes Reiseziel?

Die Erde hat so viele schöne Fleckchen, aber wenn ich wählen muss, dann die Heimat meiner Frau: die Côte d'Azur.

Kurz notiert

Wissenschaftlicher Beirat

Ein Wissenschaftlicher Beirat wird die Arbeit der Landtags-Planungsgruppe „Geschichte, Politik und Demokratie Nordrhein-Westfalens“ inhaltlich begleiten. Das Kuratorium berief das Gremium, dessen konstituierende Sitzung am 25. Juni 2019 stattfand. Dem Beirat gehören 23 führende Fachleute aus Geschichtswissenschaft, Museen, Archiven und Medien an. Die Fachleute bestimmten Prof. Alfons Kenkmann zum Sprecher sowie Prof. Sabine Mecking und Prof. Ulrich von Alemann zu stellvertretenden Sprechern. Der Landtag hatte die Planungsgruppe im Januar 2018 eingesetzt. Sie soll u. a. ein Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen aufbauen.

Polnischer Generalkonsul

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 27. Juni 2019 den neuen polnischen Generalkonsul Jakub Wawrzyniak zu dessen Antrittsbesuch im Landesparlament empfangen. Der Präsident sagte: „Gute Beziehungen zu Polen sind Teil der deutschen Staatsräson, daran arbeiten wir auch in Nordrhein-Westfalen. Es gibt zahlreiche Partnerschaften von Städten, Kreisen und Schulen. Wir bauen unsere guten Beziehungen auch hier im Landtag weiter aus.“

Landtagsforum

Mit Beginn der parlamentarischen Sommerpause hat auch das Landtagsforum seine Pforten geschlossen. Besucherinnen und Besucher können wieder ab Samstag, 7. September 2019, die Wochenenden nutzen, um sich im Landtagsforum mit seiner 240-Grad-Panorama-Leinwand über die Parlamentsarbeit zu informieren. Das Landtagsforum ist in der Regel samstags und sonntags von 11 bis 17 Uhr geöffnet. Der Besuch ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. An den Besuchswochenenden können Interessierte den Landtag erkunden und an Führungen teilnehmen.

Gestorben

9.6. Holger Müller (CDU/71)

MdL seit Juni 2005

29.6. Fritz Kollorz (CDU/74)

MdL 1990-2005

3.7. Prof. Dr. Günter Rinsche (CDU/88)

MdL 1975-1980

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 24. September 2019.

Weltkindertag

Der Landtag wird sich auch in diesem Jahr mit einem bunten Kinder- und Familienprogramm am Weltkindertag beteiligen. Am Sonntag, 15. September 2019, sind zwischen 12 und 18 Uhr u. a. ein Bühnenprogramm in der Bürgerhalle, parlamentarische Rollenspiele im Plenarsaal und Spiele geplant. Der Landtag wird auch seine Wanderausstellung für weiterführende Schulen präsentieren. Alle Interessierten – Jung und Alt – sind herzlich eingeladen. Mit dem Weltkindertag sollen Themen wie der Kinderschutz ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

Foto: Schälte

